

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Zum aktuellen Stand des deutsch-chinesischen Verhältnisses:

China, Feind und Partner im Wettbewerb. Alles klar?



Lange hat sie uns auf die Folter gespannt, die Bundesregierung. Das Verhältnis zur VR China werde auf sehr soliden Grundlagen basieren, wenn erst die China-Strategie der Bundesregierung beschlossen und veröffentlicht sei. Dann werden sich die aufgelaufenen Fragen und Probleme lösen und alle wüssten dann, woran sie seien. Selbstverständlich EU-europäisch, nachhaltig und konkurrenzlos billig. So heißt es im Strategiepapier: „Angesichts der erheblichen aktuellen Anforderungen an unsere öffentlichen Haushalte streben wir an, die Aufgaben dieser Strategie ohne zusätzliche Belastung des Bundeshaushalts insgesamt zu bewältigen.“ (S. 9)

Doch kurz zurück zur Genese dieser Strategie. Im „Jahrbuch der Europäischen Integration 2016“ werden von Seiten der EU einige Festlegungen im Verhältnis zu China referiert, die seither als Maßstab der Beziehungen gelten. So wird festgelegt, dass „europäische Interessen nicht ohne die

Berücksichtigung der innen- und außenpolitischen Entwicklung Chinas formuliert werden können.“ (S. 364) Weiters werden weltpolitische Ambitionen in die EU-Sicht integriert: „Aus Sicht des Parlaments solle die Hohe Vertreterin (Außenkommissarin Mogherini)

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

China, Feind und Partner im Wettbewerb. Alles klar?	1
Die Legende vom deutschen Oktober 1923	7
Was geht in Peru vor? Teil II	11
Losurdos Blick auf die Friedensidee und ihre Folgen	17

In eigener Sache

Die weltpolitische Lage hat sich im letzten Vierteljahr kaum geändert. Der Krieg in der Ukraine wird mit unverminderter Schärfe weitergeführt – im Gegenteil, der massive Einsatz von Drohnen und die Bedeutung der KI nehmen deutlich zu. Bemühungen zu einer friedlichen Beendigung von verschiedenen Seiten, seien es der Vatikan, afrikanische Länder oder China, werden nicht nur von der deutschen Politik, sondern auch dem überwiegenden Teil der Medien diskreditiert.

Dagegen machen sich immer mehr die Parole der ukrainischen Führung „Friedensverhandlungen erst, wenn der letzte russische Soldat unseren Boden verlassen hat“ zu eigen. Mahnende Worte, meist aus Militär- oder diplomatischen Kreisen, werden beiseite gewischt; im Gegenteil: Der Westen schickt immer mehr und wirksamere Waffen in die Ukraine. Die Gefahr einer militärischen Eskalation steigt dadurch massiv an.

Auch wenn wir uns wiederholen: Unsere Stellung zum Krieg in der Ukraine kann nur lauten: Sofortige Einstellung der Waffenlieferungen, sofortige Einstellung der Kampfhandlungen und Friedensverhandlungen!

Über bewaffnete Auseinandersetzungen in anderen Teilen der Welt wird dagegen kaum berichtet. War da noch etwas im Jemen? Berichte von weltweiten Tagungen sollen den Anspruch auf die universale Gültigkeit westlicher Vorstellungen transportieren. Wenn dies nicht gelingt, wie z.B. beim G 20-Treffen in Indien, wird man ungehalten und diffamiert den inzwischen wichtigsten Handelspartner der eigenen Wirtschaft, die

Volksrepublik China. Mit dem Verhältnis zu China befasst sich ausführlich unser Kopftitel „China, Feind und Partner“, der die neuen Richtlinien der Bundesregierung hierzu kritisch untersucht.

Das Jahr 1923 ist nicht nur bürgerlichen Medien eine Erinnerung wert, es bedeutet auch für unsere politische Ausrichtung einen entscheidenden Einschnitt. Deshalb erinnern wir an die Ereignisse dieses Jahres mit einem Artikel. Und wir werden demnächst die Broschüre August Thalheimers zu „1923. Eine verpaßte Revolution“, leicht redigiert, neu auflegen.

Innenpolitik findet, was die Medienpräsenz angeht, kaum mehr statt. Die Frage, ob ein bayerischer Provinzpolitiker ein als antisemitisch eingestuftes Pamphlet als Schüler verfasst oder nur in seiner Schultasche hatte, nimmt über Wochen in der Berichterstattung breiten Raum ein. Moralische Empörung darf hochkochen und von den sozial wegweisenden Themen ablenken. Es werden – bis auf den weiter steigenden Rüstungsetat – alle Bereiche des Bundeshaushalts z.T. massiv gekürzt. Ausgaben im Sozialbereich werden eingeschränkt, über eine Kürzung des neu eingeführten Bürgergeldes wird diskutiert.

Nach Umfragen nimmt die Zustimmung zur AfD immer weiter zu; in manchen Bundesländern im Osten Deutschlands soll sie sogar die stärkste Partei sein. Die tatsächlichen Zahlen werden die kommenden Landtagswahlen liefern. Anstatt sich aber mit den Ursachen dafür zu befassen, bestreitet man die eigene Verantwortung dafür. Wenige mahnende Stimmen in der LINKEN, nicht alle AfD-Wähler für Nazis zu halten, gehen fast unter. Mit dieser Thematik

werden wir uns in der nächsten Nummer ausführlicher befassen.

In der Folge des Krieges in der Ukraine ist eine Verschiebung der weltpolitischen Kräfteverhältnisse immer stärker spürbar. Nicht nur die BRICS-Staaten, auch Afrika und die Staaten Lateinamerikas glauben, mehr Handlungsspielraum zu haben. Eines dieser Länder, Peru, befindet sich in einem ungewissen politischen Wandlungsprozess. Im 3. Teil unserer Reihe über Peru „Was geht in Peru vor?“ befasst sich unser Autor mit der Revolte von Castillos Basis.

Eine Besprechung zu D. Losurdos politischer Darlegung unter dem Titel „Eine Welt ohne Krieg“, 2022 aus seinem Nachlass erschienen, rundet diese Nummer ab.

Unsere Jahreskonferenz wird heuer erst am 11. und 12. November in Nürnberg stattfinden. Als Themen sind geplant: der globale Süden / die Entwicklung bei der Partei DIE LINKE; eigene Partei der Wagenknecht-Richtung / der Aufstieg der AfD

Am Wochenende zuvor findet in Nürnberg wieder die Linke Literaturmesse statt.



Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme
Postfach 910307, 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften

sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Leser*innenbriefe geben nicht Meinung der Redaktion wieder.

Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

prüfen, wie sich ein bewaffneter Konflikt in der Region auf europäische Interessen auswirken könnte. (...) Einen sicherheitspolitischen Hotspot bildet das Südchinesische Meer.“ (ebd. S. 365) Die inzwischen heiliggesprochene Dreifaltigkeitsformel, die das Verhältnis zur Volksrepublik auf den Punkt bringen soll, existiert seit mindestens vier Jahren: Die EU-Kommission beschrieb in ihrem Strategischen Ausblick 2019 China erstmals als „Partner, Wettbewerber und Konkurrent.“ (MERICS, 2022)

Unter diesen Voraussetzungen ist bemerkenswert, dass die ausformulierte Strategie so lange auf sich warten ließ, nachdem sie immer wieder angekündigt wurde.

Und der erste Blick auf den Text steigert eher die Verwunderung darüber, was neu sein könnte. Stattdessen begegnen der Leserschaft allbekannte Formeln und Stereotype, eher erinnert die Strategie an eine Fleißarbeit zum Thema „Alles, was schon mal zu China gesagt wurde, egal ob Fakt oder Unterstellung.“ Der Gebrauchswert der Strategie erschließt sich im weiteren Verlauf der Untersuchung aber noch deutlicher.

Die gegenwärtigen Rahmenbedingungen des deutsch-chinesischen Verhältnisses

Spätestens mit der Coronakrise, den Lockdowns und Absatzrückgängen, den gestörten Lieferketten und den enormen Kosten, um Produktion und Versorgung aufrecht zu erhalten, hat die Wirtschaft in Deutschland Schlagseite. Das zarte Pflänzchen Konjunktur erforderte schließlich im Ukrainekrieg. Der Rückgang des Wachstums im letzten und im ersten Quartal 2022/23, gefolgt von einem stagnierenden Quartal 2023 lässt alle Konjunkturerwartungen Makulatur werden. Nicht zuletzt werden auch die erwarteten Steuereinnahmen ausbleiben. Selbst die Arbeitslosigkeit meldet sich in „beschäftigungsintensiven“ Quartalen deutlich zurück. In diesem krisenhaften Umfeld muss auch der Warenaustausch mit China gesehen werden. Denn die Volksrepublik kämpft ebenfalls mit wirtschaftlichen Problemen. So glimmt immer noch eine Immobilienblase größten Ausmaßes, die Firmen sind vorsich-

tiger bei Neueinstellungen, was vor allem Jungakademiker in den Städten zu spüren bekommen. Deshalb lahmt die Binnenkonjunktur, die Notenbank hat entgegen den westlichen Zinsanhebungen auf die nationale Situation mit der Senkung des Leitzinses geantwortet. Trotzdem herrscht Deflation im Land.

Der deutsche Warenexport nach China steigt nur mehr marginal (Germany Trust & Invest, 2022). Knapp 96 Milliarden Euro Exporterlöse reichen nur noch für Platz 4: die Exporte nach USA, Frankreich und die Niederlande haben den Chinaexport verdrängt. Andererseits liegen die chinesischen Einfuhren nach Deutschland auf Rekordhoch, sie umfassen im abgelauten Jahr 13% sämtlicher, weltweiter Einfuhren in die Bundesrepublik. (J. Matthes: *China-Handel 2022: Ungleichgewicht und Abhängigkeit weiter verstärkt*, in: *IW-Kurzbericht* Nr. 9/2023) Nebenbei steigt das Handelsbilanzdefizit gegenüber China ebenfalls auf die Rekordsumme von 84 Milliarden Euro und frisst damit über die Hälfte der insgesamt positiven deutschen Außenhandelsbilanz. Was hierzu als „kritische Abhängigkeit“ von einem Land gesehen wird, hat die tieferen Ursachen nicht in der – unzulässigen – Subventionierung oder den marktbeherrschenden Exporten von Schlüsselrohstoffen aus China. Das würde die Problematik unzulässig verkürzen.

Die chinesischen Lieferanten sorgen mit inzwischen wieder stabil gewordenen Lieferketten, neben dem Preis, dafür, dass hiesige Produzenten ausweichen können, wenn europäische Lieferanten ihre Termine nicht halten. Deren Qualität und rasche Anpassungsfähigkeit an die europäischen und deutschen Bedürfnisse sorgen für eine entsprechende Nachfrage. Deutsche Firmen werden nicht entscheidend benachteiligt, was den Zugang zum chinesischen Markt betrifft. Die Etablierung in China wird deswegen schwieriger, weil die Konkurrenz einheimischer Anbieter in größerem Maße als früher qualitativ mithalten und technologisch den Takt vorgeben kann. VW zieht die Konsequenzen aus dem Verlust der Marktführerschaft und beteiligt sich am chinesischen Startup Xpeng. Ziel: gemeinsam Mittelklassemodelle in China zu entwickeln und zu bauen,

die sich auch verkaufen lassen. Die deutschen Importfahrzeuge mit E-Antrieb waren deutlich durchgefallen. (Tagesschau, 27.07.2023)

Um es schon einmal vorwegzunehmen: der deutsche Erklärungsansatz, warum die heißgeliebte Technologieführerschaft mehr und mehr gefährdet werde, ist larmoyant und nicht zukunftsweisend. Modern also: „nachhaltig“. Nicht üble Theorien, Pläne und Praktiken Chinas bremsen deutsche Unternehmen aus, sondern deren eigene Überheblichkeit. Eine Ware mit einem Preisaufschlag zu verkaufen, nur weil sie deutsche Ingenieurskunst widerspiegelt, reicht in dem Moment nicht mehr hin, wo auch andere, gut ausgebildete Arbeitskräfte ihr Wissen und Können entwickeln und in einem adäquaten Umfeld umsetzen. Die Zeiten sind vorbei und sie werden (ohne Krieg) nicht wiederkommen. Nicht der, ach so fiese, duale Wirtschaftskreislauf, den die chinesische Regierung nicht ohne Zwang von außen beabsichtigt, mindert deutsche Exportchancen, sondern häufig deren unzureichende Präsenz in der Volksrepublik und die Unkenntnis, was die Verhältnisse im Land betrifft.

Diejenigen deutschen Unternehmen, die Tochterfirmen in China unterhalten, tendieren zurzeit dazu, Produktion und Vertrieb vor Ort zu intensivieren und weniger auf den Import aus Deutschland zu setzen. Schließlich wird man keine Inflation aus Europa importieren wollen, die Energiefrage kostet Geld und die Engpässe bei den europäischen Lieferketten hindern die Nachfrage. So kommt Matthes im *IW-Kurzbericht* zu dem resignativen Schluss: „Die China-Strategie der Bundesregierung wird sehr wahrscheinlich unter anderem die Kernforderung enthalten, aufgrund gestiegener geopolitischer Unsicherheiten kritische Abhängigkeiten zu verringern. In der Tat geben auch viele Unternehmen an, dass sie ihre China-Abhängigkeiten verringern wollen. (...) Die Zahlen sprechen derzeit allerdings eine andere Sprache.“ (S. 3)

Die China-Strategie, ein Papier des Übergangs zu bedrohlichen Zeiten

Das europäische Mantra, China sei „gleichzeitig Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale“ (S. 8), eröffnet die deutsche Strategieversion. Diese

Formel, auf die sich die EU geeinigt hat und die hier von der deutschen Regierung aufgenommen wurde, ist selbst Produkt der unterschiedlichen Interessen Europas. Sie lässt im Sinne der weiteren Konfrontation alle Türen offen, will also gerade die USA nicht verärgern, indem „besondere Beziehungen“ angedeutet werden. Andererseits macht sie ein Schlupfloch auf für friedliche Kontakte und Beziehungen, die man nicht ohne Not und ohne, dass es die USA fordern, aufgeben will und kann. Der Bereich „Partnerschaft“ mit der VR China ist freilich schnell und in wenigen Teilgebieten umrissen. Prominent bleibt die beabsichtigte Zusammenarbeit mit China im Bereich des Umweltschutzes und der nachhaltigen Dekarbonisierung. (S. 12) Denn „China ist der größte CO₂-Emittent weltweit. (...) Die Bundesregierung ermutigt China dazu, seiner globalen Verantwortung gerecht zu werden (...)“ (S. 10) Kein Wort zu den eigenen Verschmutzungen, kein Wort auf Augenhöhe. Diese latenten Vorhaltungen prägen die Passagen, in denen eine angebliche Partnerschaft beschrieben wird.

In diesen Bereichen könnte man entsprechende chinesische Maßnahmen schon brauchen, weil sie den Unzulänglichkeiten deutscher Klimapolitik auf die Sprünge helfen sollen. Nur darf damit keinesfalls die Anerkennung der fremden Leistung und Konzeption verbunden sein.

Ob China die Dreifaltigkeitsformel (Partner, Wettbewerber, systemischer Rivale) genauso sieht, kann mit guten Gründen bezweifelt werden. Eine Kategorisierung dieser Art würde Regierung wie Wirtschaftsakteuren Handlungsoptionen verschließen, zumal das Land keine taktischen Volten schlagen muss, um strategische Partner (die auch Wettbewerber und Rivalen sind!) wie die EU oder die USA zufrieden zu stellen. Deshalb geht es auch nicht ohne Bestärkung der deutschen Europapolitik: „Der Zusammenhalt der EU, die Stärkung der europäischen Einheit und die Integrität des EU-Binnenmarktes sind grundlegende politische Prinzipien (...)“ (S. 11) und den USA wird eine „enge und vertrauensvolle Partnerschaft“ (S. 49, 55) bescheinigt. Der Zusammenhang mit der China-Politik steht dabei nicht immer an oberster Stelle, aber das freie Mäan-

dern des Textes ist eine Eigenart, die ein Licht auf das Zustandekommen der Strategie wirft. So definiert die Regierung in „Globale Partnerschaften“ noch ihre Interessen in Bezug auf Europa und die anderen Kontinente, manchmal im Gegensatz zu China, manchmal ohne direkten Bezug darauf (S. 49f.). Das Folgekapitel „Handelspolitik und Diversifizierung“ kommt bereits ohne die Erwähnung der Volksrepublik zu recht. (S. 50f.) Da werden alle denkbaren europäischen/deutschen Handelsbeziehungen zu Drittländern und anderen Wirtschaftsverbünden durchdekliniert, egal in welchem



Umsetzungsstadium oder welcher Planungsphase oder Wunschvorstellung sie sich befinden. Offenbar soll hier ein Leistungsnachweis für die Diversifizierungsbemühungen der Bundesregierung erbracht werden. Die Praxis der vergangenen Monate lässt so manchen Zweifel aufkeimen, ob diese Absichten auch fruchten. Generell bleiben beim Abgleich mit dem Ist-Zustand von Beziehungen und (nationalen/europäischen) Umsetzungsmöglichkeiten viele Fragen offen. Die Politik schwankt zwischen den Gegensätzen von De-coupling (will man nicht, ist schlecht) und De-risking (will man auf alle Fälle, ist super). Wie man das eine erreicht, ohne das andere in Kauf nehmen zu müssen, zumal auch China und Drittstaaten (USA) lebhaftes Interesse einbringen, bleibt das Geheimnis der Chinastrategie. Trotzdem gibt es einige konkrete bzw. konkretisierbare Maßnahmen der Regierung.

Konkrete Maßnahmen, die auf das Verhältnis zu China einwirken

Die Bundesregierung weist das Investitionsabkommen, das 2020 zwischen der EU und China ausverhandelt wurde, zurück. Es wird „aus verschiedenen Gründen zurzeit“ (S. 17) nicht ratifiziert. Näher äußert sich das Papier im Kapitel über Investitionen dazu. (S. 39-41) Es existiert ein europäischer Rechtsrahmen, der die Kooperation der Mitgliedsländer in Investitionsfragen regelt. Die BRD prüft, ob im Bedarfsfall eine „voraussichtliche Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit“ (S. 39) vorliegt. Mit der Annahme, dass chinesische Investitionen immer einen zivilen und militärischen Zweck verfolgen, ist der Alarm bereits vorgegeben. Wenn dann noch der „Schutz Kritischer Infrastruktur“ (S. 40) zu gewährleisten ist, erfordert diese Bündelung staatliches Handeln: das Investitionsprüfungsrecht soll verschärft und kodifiziert werden. Etwas kleinlaut wird nachgeschoben, dass jenseits des Verfahrens (und der Ablehnung von Investitionen) alle wirtschaftlich sinnvollen und nachhaltigen Möglichkeiten genutzt werden sollen, „um Standorte und Arbeitsplätze zu sichern“. (ebd.) Wenn die nicht schon weg sind ...

Vielleicht wird hier auch ein Popanz aufgeblasen, wenn man sich die aktuellen Investitionszahlen ansieht. Aus der BRD sind in der Volksrepublik 86 Milliarden Euro investiert, umgekehrt investieren chinesische Unternehmen hier 3,2 Milliarden.

Könnte es nicht sein, dass man in China nicht so sehr auf deutsche Technologie angewiesen ist, wie man in Deutschland glaubt?

Aber die deutsche Regierung hat diesen Schützengraben ausgehoben und will ihn jetzt nicht mehr verlassen. Die kritische Infrastruktur soll in einem „KRITIS-Dachgesetz“ (S. 42) definiert werden. Und die kritischen Komponenten/IT-Funktionen sollen analog zum öffentlichen 5G-Mobilfunknetz in anderen Sektoren definiert werden. Nicht genug damit, auch Nicht-IT-Produkte sollen in die Prüfung einbezogen werden. Da wird sich die Bürokratie aber freuen, ebenso wie die Unternehmen (oder Kunden, die jede Prüfung und Sub-

stituierung bezahlen werden). Doch Entwarnung: „Dabei soll die Wirtschaft nur im erforderlichen Maß belastet werden.“ (ebd.)

Gefährlich sind auch internetbasierte Dienstleistungen, Apps und soziale Medien, sie können zum Abfluss von Daten führen. Die Bundesregierung gehe bei der dienstlichen Verwendung „restriktiv“ um. (S. 44) Hätten sie das doch zu Merkels Zeit mit ihrem Diensthandy schon gemacht.

Ansonsten wartet man ab, ob sich europäisch in dieser Frage was tut. Auf diplomatisch heißt das: „Wir streben an, (...) im europäischen Rahmen, die Einhaltung europäischer Standards, (...) strenger zu überwachen und durchzusetzen.“ (ebd.)

Ganz viele neue Partnerschaften und Dialogformate sollen stattdessen eingegangen werden, um China doch irgendwie zu ersetzen. Der Merksatz lautet: „Durch Diversifizierung kann einerseits eine zu hohe Abhängigkeit von einem einzelnen Markt oder einer einzelnen Bezugsquelle für kritische Güter vermieden, andererseits das hohe Potential anderer Länder und Regionen besser ausgeschöpft werden.“ (S. 50) Bessere Ausschöpfung also, das macht so richtig Lust auf den Kontakt auf Augenhöhe und nachhaltige Beziehungen unter Beachtung des Verbots von Kinderarbeit und dem weiteren Erblühen der Menschenrechte. Dafür stehen dann die deutschen „Partner“ bereit, die hoffentlich bald vergessen lassen, dass der chinesische Anteil am deutschen Außenhandel 2022 die Rekordhöhe von 9,7% erreicht hat. (Statista) Alle Himmelsrichtungen werden abgegrast, der MERCOSUR ebenso wie Einzelstaaten des globalen Südens. Und die Formulierungen lassen erkennen: ausverhandelt und beschlossen ist noch sehr, sehr wenig. So „setzt sich die Bundesregierung für eine rasche Finalisierung laufender Verhandlungen ... ein.“ (S. 51); sie unterstützt eine strategische Diskussion in der EU über einen „handelspolitischen Ansatz im Indo-Pazifik und strebt ein interregionales Handelsabkommen zwischen EU und ASEAN an“; „wir unterstützen die Absicht der EU, die Wirtschaftsbeziehungen mit afrikanischen Partnern zu intensivieren [nachdem es mit den deutschen Militärbeziehungen zu Afrika auch nur so mittel läuft, d.V.]. Wir wollen Fortschritte ...“ (alle Zitate ebd.). Und so weiter, und so fort.

Damit die Europäer endlich in die Gänge kommen, bieten wir „der Generaldirektion Handel der Europäischen (!) Kommission gegebenenfalls deutsches Personal zur Unterstützung an“. (ebd.) Da warten sie sicherlich schon mit heißem Herzen drauf.

Um auf den ernsten Kern der Sache zurückzukommen: die wirklich wichtigen Handelsbeziehungen Deutschlands sind mit der EU, den USA und im Weiteren mit der G7 juristisch geklärt und vereinbart. Der Rest besteht aus Einzelverträgen oder läuft über die Bestimmungen der WTO. Ob da nicht neue Abhängigkeiten von bekannten Handelspartnern drohen, weil es den Ländern des Globalen Südens eben nicht darum gehen kann, dass ihre Ressourcen „besser ausgeschöpft werden“ (S. 50), um je nach Gelegenheit und Weltlage dann sanktioniert, militärisch besetzt oder fallengelassen zu werden?

Klare Aussagen gehören zu den Seltenheiten des Textes. Erkennbar werden deutsche Interessen m.E. im Bereich der Normierungen und der Technologieentwicklung. Einmal heißt es: „Durch Zusammenarbeit mit China, seine Einbindung in internationale Normungsaktivitäten und durch frühzeitige Harmonisierung technologischer Konzepte wirkt Deutschland Nationalisierungs- und Lokalisierungstendenzen in der Normierung entgegen.“ (S. 37) und weiter unten: „Auch im Technologiebereich streben wir keine Entkopplung von China an. Die Entstehung separater Tech-Sphären ist nicht in unserem Interesse.“ (S. 52)

Ausnahmsweise kein Wohlfühl-Geschwurbel, sondern in diesem Fall ein knallhartes nationales Interesse. Die Gefahr liegt darin, dass sich zwei Wirtschaftsblöcke beginnen zu trennen. Unterschiedliche Tech-Sphären oder weltweit getrennte Normierungen würden die Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik im Kern erschüttern, das deutsche „Geschäftsmodell“ stünde vor dem Bankrott. Deshalb kann man die Absätze auch so lesen, dass in erster Linie nicht China gemeint ist, sondern die Mahnung vielmehr in Richtung USA geht. Deren Politik forciert die Abkoppelung der Volksrepublik von den am weitesten entwickelten Halbleitertechnologien. In dieser Richtung sind weitere Handelsbeschränkungen im Export wie im Import zu erwarten, die irgend-

wann nicht mehr Nadelstichqualität darstellen, sondern als Bedrohung gesehen werden. Eine Trennung der Sphären wird denkbar, ein Albtraum für einen Exweltmeister im Export.

Was sonst noch auffällt

Die Bundesregierung bekennt sich zur Ein-China-Politik. Und wie! „Diplomatische Beziehungen bestehen nur mit der Volksrepublik China.“ (S. 13) Alles andere enthielte zu viele Risiken, doch was heißt das schon? „Deutschland unterhält mit Taiwan in vielen Bereichen enge und gute Beziehungen und will diese ausbauen. Im Rahmen der Ein-China-Politik der EU unterstützen wir die sachbezogene Teilnahme des demokratischen Taiwan in internationalen Organisationen.“ (ebd.) Damit man dem einen China mal Bescheid gibt, heißt es weiter: „Eine Veränderung des Status Quo in der Straße von Taiwan darf nur friedlich und im gegenseitigen Einvernehmen erfolgen. Eine militärische Eskalation würde auch deutsche und europäische Interessen berühren.“ Deutschland schert sich nicht darum, welche Bedeutung die Ein-China-Politik für die Volksrepublik hat, die vor Jahrzehnten, lange vor dem Mauerfall, die deutsche Vereinigung unterstützte.

Die deutsche Chinapolitik wird, aller europäischen Rhetorik zum Trotz, immer noch von der eigenen Regierung, nicht von der EU gemacht. Nur wenn es den Deutschen passt, wird Europa informiert. „Wir werden prüfen, bei welchen bilateralen Gesprächen es sinnvoll sein kann, einzelne EU-Partner oder EU-Institutionen von Fall zu Fall einzubeziehen.“ (S. 16)

Dann steht da noch ein Zusammenhang, der das Handelsdilemma auf den Punkt bringt: die Abhängigkeiten einzelner Branchen und Unternehmen, für die die Bundesregierung ein Problembewusstsein entwickelt hat, aber noch nicht die einzelnen Branchen und Unternehmen selbst. Was kann man tun? „Die Bundesregierung wirkt im Dialog mit Unternehmen und Verbänden darauf hin, das Bewusstsein hierfür zu stärken.“ (S. 37) Weil es nämlich „im unternehmerischen Interesse“ liegt, „übergroße Risiken zu vermeiden.“ Mit diesen Neuigkeiten versehen, schwingt sich das Papier zur knallharten Drohung auf: „Unternehmen müssen geopolitische Risi-

ken bei ihren Entscheidungen adäquat berücksichtigen. Die Kosten von Klumpenrisiken müssen unternehmensseitig verstärkt internalisiert werden, damit im Falle einer geopolitischen Krise nicht staatliche Mittel zur Rettung eintreten müssen.“ (S. 37f.) Das wird VW und Konsorten eine Lehre sein, wenn sie auf ihre Werke in China und den Export dorthin verzichten werden müssen. Dann wird herrschen Heulen und Zähneklappern und die solcherart Beschämten werden nicht wagen, nach Staatsknete zu rufen. Denn die Regierung hat ja rechtzeitig gewarnt.

Noch ein Beitrag aus dem Land der Feen und Elfen gefällig? „Wir leben offen, tolerant und vertrauensvoll mit deutschen Staatsangehörigen chinesischer Herkunft und chinesischen Staatsangehörigen in Deutschland zusammen.“ (S.43) Ist doch putzig, oder? Aber aufgepasst, damit sind nicht alle gemeint: „Darüber hinaus nutzt die Bundesregierung bilaterale Dialoge, um China zur Rückübernahme eigener ausreisepflichtiger Staatsangehöriger zu bewegen.“ (S. 22) Eine vertrauensvolle Abschiebung in das Reich der Unfreiheit ist also immer noch drin.

Der kriegsrische Ausblick

Im Kapitel „Sicherheitspolitik“ (S. 55-57) wird zum Finale geblasen. Ausgehend davon, dass Chinas Verhalten bei der eigenen Rüstung Europas Sicherheitsinteressen berührt und die deutschen Interessen verletzt werden, weil Chinas Verhältnis zu den USA „antagonistisch“ (S. 55) sei, wird die chinesische Militärpolitik Schritt für Schritt zum Hochrisiko für Deutschland und den Westen erklärt.

Schon, dass das Land Beziehungen zu Russland pflegt und beide in der Erklärung vom 4.2.2022 eine „weitere NATO-Erweiterung“ ablehnen, kann nicht so einfach hingenommen werden. Schließlich führe Russland einen Angriffskrieg, der von China unzureichend verurteilt werde. Wenn jetzt noch „eine engere (!) Rüstungszusammenarbeit ... mit Russland“ zustande käme, „insbesondere chinesische Waffenlieferungen im Kontext des russischen Angriffskriegs“, dann hätte dies „unmittelbare Auswirkungen auf die EU-China- und unsere bilateralen Beziehungen.“ (S. 56) Deshalb sei die Koordinierung zwischen der EU und der NATO in dieser Frage unverzichtbar.

Außerdem ist ja noch die Frage der Sicherheit in der **Straße von Taiwan** offen und ohne deutsche Mitwirkung nicht zu lösen, und ebenso die Lage im **Südchinesischen Meer** ... und die **Lage im Ostchinesischen Meer** ... und die **Lage in Arktis und Antarktis** ... und im **Weltraum** ... und im **Cyberraum**. (alle Orte der Auseinandersetzung, S. 56)

Groß ist die vorgebliche Interessensgleichheit mit der NATO/den USA, deren strategische Positionierung hier nachgebetet wird. Mit etwas kleinerer Münze geschieht die Umsetzung. „Den Einsatz für die Wahrung der regelbasierten Ordnung unterstreicht Deutschland auch durch zeitweise militärische Präsenz in der Region u.a. mit Fahrten der deutschen Marine und teilstreitkräfteübergreifender Teilnahme an multinationalen Militärübungen.“ (S. 50)

Soll man schon darüber froh sein, dass kein Bau von Flugzeugträgern angekündigt wurde? Die Bundesregierung, aber auch die Medien und

Teile der Öffentlichkeit beteiligen sich ohne Bedenken daran, zu zündeln in der gegenwärtig bedeutendsten Region der Erde, politisch, militärisch und wirtschaftlich. Die Zukunft und die Hoffnung der Mehrheit der Weltbevölkerung wird hier verhandelt und EU-Deutschland mischt sich locker mal ein.

Undank scheint aber doch der Welten Lohn zu sein, wenn man die journalistische Reaktion auf das Strategiepapier betrachtet. Anstatt gelobt zu werden für das teils zivilgesellschaftliche, teils robuste Auftreten, geht das der Qualitätspresse mal wieder nicht weit genug. So mäkelte der größte Außenpolitiker der *Süddeutschen Zeitung*, Stefan Kornelius: „Die Strategie entspricht nicht Größe und Wucht der chinesischen Ambitionen. Sie erkennt nicht die Langfristigkeit, mit der Chinas Plan, die Welt nach seinen Vorstellungen umzubauen, angelegt ist. Sie vernachlässigt weitgehend den ideologischen Grundkonflikt (...)“ Und weil's immer noch ein Stück dramatischer sein darf: „Und sie unterschätzt, wie grundstürzend das deutsche Dasein von der Frage bestimmt wird, ob die Weltordnung künftig eine amerikanisch oder eine chinesisch dominierte ist.“ (SZ, 14.7.2023, S. 4)

Die Stellungnahme des Botschafts-sprechers der chinesischen Vertretung in Berlin (14.7.2023) wählt dagegen den einzig richtigen Ansatz: „Keine der Herausforderungen und Probleme, mit denen sich Deutschland derzeit konfrontiert sieht, wurden von China verursacht...“ Um die diplomatische Weichzeichnung wegzunehmen, muss man nach Analyse der China-Strategie klar feststellen: Deutschlands Problem heißt nicht China, sondern Deutschland.



Fregatte-Bayern
war schon 2021 im
Südchinesischen Meer

Die Legende vom deutschen Oktober 1923

Wir aber meinen, daß die erste Voraussetzung für eine kommunistische Partei und Führung, die zu siegen versteht, die ist, daß sie allen Legendenwust forträumt und wirklich zu lernen beginnt. Solange dieses wirkliche Lernen aus der eigenen wirklichen Geschichte nicht begonnen hat, wird die Partei und mit ihr die Arbeiterklasse sich immer nur im Kreise drehen, statt fortzuschreiten, und immer neue und immer schwerere Niederlagen werden die Folge sein.

August Thalheimer

Vorwort 100 Jahre 1923

Die Erinnerung an das Jahr 1923 ist auch ein Anlass für die hiesigen Medien. Mindestens zehn neue Monographien sind erschienen, die sich mit diesem ökonomisch und politisch ereignisreichen Jahr befassen. Vielfach wird es als Schlüsseljahr für die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts gesehen.

Für den bürgerlichen „Mainstream“ steht dabei häufig die in diesen Jahr ihren Höhepunkt erreichende Hyperinflation bzw. deren Überwindung im Mittelpunkt der Darstellung. Aber auch Hitlerputsch und kulturelle Aspekte werden in manchen Veröffentlichungen ausführlich behandelt.

Für viele Linke gibt es aber noch einen anderen Focus des Interesses. Nämlich die Frage, ob der von der Kommunistischen Internationalen (KI) für den Oktober 1923 geplante

kommunistische Aufstand eine realistische Chance auf Erfolg gehabt hätte.

Befasst man sich mit Geschichte auch, um aus ihr zu lernen, gilt es sich zuerst der sich ständig ändernden Bedingungen bewusst zu werden.

In den Anfangsjahren der Weimarer Republik war die Vorstellung oder, wenn man so will, der Mythos von der Endkrise des Kapitalismus auch in der KPD weitverbreitet. Die Möglichkeit eines revolutionären Umsturzes schien vor 100 Jahren in greifbarer Nähe.

Damit ist die Situation derzeit (und wohl auch auf absehbare Zeit) mit der von 1923 nicht annähernd zu vergleichen. Damals gab es eine starke, bewusste Arbeiterbewegung mit KPD und SPD. Der Krieg und seine Folgen (Versailler Vertrag) führten zu einer galoppierenden Inflation. Massenverelendung herrschte in einem für heutige Verhältnisse in Deutschland nicht vorstellbaren Ausmaß.

Die Geschichte bietet also gewiss keine direkte Anweisung für unser heutiges Handeln. Insofern gibt es im engeren Sinne kein Aus-der-Geschichte-Lernen!

Trotzdem ist die Auseinandersetzung mit dieser Geschichte sinnvoll und notwendig. Denn die Einschätzungen zu den Ereignissen im Oktober 1923 gehen in der Linken immer noch sehr weit auseinander, genauso wie bei einigen damit eng zusammenhängenden Fragen, wie etwa der Beurteilung der damaligen Politik der Kommunistischen Internationalen oder die einer „richtigen“ Einheitsfrontpolitik.

Von manchen wird immer noch von der „Verratenen Revolution“ gesprochen und unterstellt damit ein persönliches Versagen des KPD-Vorsitzenden Heinrich Brandler bis hin zum Verrat an der Arbeiterklasse.

Dabei werden die wirklichen Verhältnisse und Bedingungen gern außer Acht gelassen.

Es gibt zahlreiche wissenschaftliche Aufarbeitungen und Analysen der damaligen Verhältnisse, die zu dem Schluss kommen, dass damals zu diesem Zeitpunkt keine revolutionäre Situation (mehr) gegeben war und ein Losschlagen in eine katastrophale Niederlage mit unzähligen Toten geführt hätte.

Exemplarisch sei verwiesen auf die Ausführungen von Harald Jentsch in der Zeitschrift „Z“ Nr. 116 vom Dezember 2018, Die KPD von 1919 bis 1924, Teil II: Der „Deutsche Oktober“ von 1923, S.181-195 sowie auf die Broschüre von August Thalheimer „1923: Eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923“, die jetzt in korrigierter Form wieder neu aufgelegt wird.

Das ist für uns Anlass genug, dieses Thema nach 100 Jahren aus unserer Sicht wieder aufzugreifen. Dazu drucken wir einen Artikel aus der Arbeiterstimme ab, der sich mit der Einschätzung der damaligen Ereignisse und Abläufe befasst. Diese Darlegung, die aus dem Jahr 1974 datiert, hat selbst wiederum historische Qualität und sollte mit diesem Hintergrund gelesen und wertgeschätzt werden. Redaktion, September 2023

Noch immer, nach 50 Jahren, spukt die Legende vom „deutschen Oktober“ in den Köpfen, die Legende von der verpaßten oder verratenen Revolution von 1923. Dagegen wird die eigentliche Bedeutung der Zäsur des „deutschen Oktober“ verkannt: die Machtübernahme der Ultralinken in der deutschen Partei, die Liquidierung der bisherigen Erfolge der Kommunisten durch eine Politik, die schließlich in die größte Niederlage

der deutschen Arbeiterbewegung führte.

Vergleich der Situation: Rußland 1917 und Deutschland 1923

Ein Vergleich der objektiven Lage Rußlands 1917 und Deutschlands 1923 muß aufweisen, wie weit diese Situationen überhaupt vergleichbar waren. Hauptfaktoren, die die russische Oktoberrevolution begünstigten:

1. Kriegsfrage: Die große Masse der Bauern und Arbeiter war für den Frieden und wollte den imperialistischen Krieg beenden. Nur die Bolschewiki vertraten diese Position.

2. Landfrage: Die Bauern verjagten die Großgrundbesitzer und besetzten das Land. Nur die Bolschewiki sanktionierten diese Landnahme.

3. Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse: Die Unterbrechung der Lebensmittelversorgung der Städte und die Schließung der Betriebe durch die

Kapitalisten um die Macht der Arbeiterräte zu brechen, führte mit innerer Logik zur „Arbeiterkontrolle der Produktion“ und zur Enteignung der Kapitalisten. Auch diese Maßnahmen wurden allein von den Bolschewiki unterstützt. D.h. da die Mehrheit der Arbeiter und Bauern hinter den Bolschewiki stand, erhielten sie auch die militärische Hegemonie (allgemeine Wehrpflicht). Der eigentliche Umsturz des Oktober war somit leicht zu vollziehen.

Situation in Deutschland

Der sogenannte Ruhrkampf, die Besetzung des Ruhrgebiets durch die französische Armee und der passive Widerstand dagegen, wurde nicht durch die Arbeiterklasse gelöst, sondern von der Bourgeoisie abgebrochen. Vor allem England und die USA hatten ein Interesse daran, die deutsche Bourgeoisie zu unterstützen (England brauchte ein bürgerliches Deutschland als Gegengewicht zu Frankreich; die USA fürchteten vor allem um ihr in Deutschland investiertes Kapital).

Der Hauptkrisenfaktor des Jahres 1923, die Inflation, wurde von der Bourgeoisie selbst, durch die durchgeführte Stabilisierung der Valuta, liquidiert. Durch diese Zugeständnisse in der Frage der Inflation und des Ruhrkampfes wurde die deutsche Arbeiterklasse gespalten und es gelang der KPD nicht, die Mehrheit hinter sich zu bringen.

Auch die Frage der bewaffneten Kräfte stand anders: Die Reichswehr als Berufsarmee war fest in den Händen der Reaktionen und Konterrevolutionäre.

Die Bauern waren nicht revolutionär. Sie hatten die Inflation benutzen können, ihre Hypothekenschulden loszuwerden, außerdem profitierten sie von der Preisschere, da die Preise für Industrieprodukte weit tiefer gesunken waren als die für landwirtschaftliche.

Es ergibt sich also, daß alle entscheidenden Faktoren die 1917 in

Rußland zur Gewinnung der Massen führten, in Deutschland 1923 nicht gegeben waren.

Lage der Arbeiterklasse und der kommunistischen Bewegung

Im von Frankreich besetzten Gebiet lag die gesamte Schwerindustrie im Rahmen des passiven Widerstands still. Die Arbeiter streikten, aber mit Zustimmung der Kapitalisten, und sie bekamen die Streikzeit bezahlt. Im übrigen Deutschland hatte zwar die Inflation den Reallohn drastisch gesenkt, aber es gab fast keine Arbeitslosigkeit, da die Industrie durch den betriebenen Schleuderelexport florierete.

Die KPD gab in dieser Situation Teilforderungen und Zwischenlösungen heraus wie: Abwälzung der Lasten des Ruhrkampfes auf die Bourgeoisie, Erfassung der Sachwerte, Kontrolle der Produktion, Bildung von Kontrollausschüssen für die Prei-

Besetzung der Betriebe im Ruhrgebiet unter französischen Bajonetten, aber abgelehnt.

Der Höhepunkt der Massenbewegung von 1923 war der Cuno-Streik. Wie wenig aber auch jetzt die Arbeiterklasse bereit war, unmittelbar um die Macht zu kämpfen, zeigt, daß einige Zugeständnisse genügten um den Streik zu beenden und die Bewegung abflauen zu lassen. Die Bildung der großen Koalition, d.h. der Eintritt der SPD in die bürgerliche Regierung, erweckte in der Arbeiterklasse neue Illusionen, die durch die unmittelbaren Maßnahmen, Heranschaffung von Lebensmitteln und Stabilisierung der Mark, gestützt wurden.

Der Aktionsplan der Komintern

Auf dem Juniplenium der Exekutive der Komintern war noch keine Rede vom „revolutionären Machtkampf“ in Deutschland. Erst durch die Kampagne der KPD zum Antifaschistentag vom 29. Juli und unter dem



Reichswehr gegen die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung in Sachsen, Oktober 1923

se, die Losung der Arbeiterhundert-schaften und als zusammenfassende Losung die der Arbeiterregierung, die, gestützt auf ihre eigenen Klassenorgane, die Arbeiterforderungen durchführen sollte. Durch Teillosungen, Übergangslösungen und Teilkämpfe wurde so die Machtffrage anvisiert, jede Abenteuerpolitik, wie die von den „Linken“ vorgeschlagene

Eindruck des Cuno-Streiks setzte die Exekutive die Frage des bewaffneten Kampfes auf die Tagesordnung. Eine Konferenz wurde einberufen. Brandler und andere Genossen kamen bereits Ende August in Moskau an, doch man ließ sich Zeit, sieben Wochen arbeitete man an einem Aktionsplan für die deutsche Revolution, während die Ereignisse in Deutschland

weitergingen. „Das Charakteristische an diesem Aktionsplan ist, daß man nicht aufgrund bereits **bestehender Tatsachen** in Deutschland diesen Aktionsplan entworfen hat, sondern daß man einen Aktionsplan auf Wochen und Monate hinaus entworfen hat aufgrund einer **Spekulation** über die Ereignisse, die in 4 -8 Wochen in Deutschland eintreten sollten oder würden. In Rußland hatte man 1917 einen Termin für den Aufstand festgelegt, nachdem eine Mehrheit für die Bolschewiki in Leningrad vorhanden war, als man der bewaffneten Kräfte dort bereits sicher war, als Karenski abgewirtschaftet hatte, als die Situation reif war. Der Aktionsplan für den Oktober 1923 war nicht gegründet auf solchen **Tatsachen**, sondern auf der **Spekulation**, daß die Ereignisse in Deutschland vom August ab denselben Gang gehen würden wie vom August bis Oktober in Rußland, d.h. daß inzwischen die Partei die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich bekommen würde, daß sie die Arbeiter inzwischen genügend bewaffnen könnte und daß der Gegner inzwischen machtlos und zersetzt würde. In Rußland hatte man auf Grund realer Voraussetzungen einen Plan für den Aufstand festgelegt, zwar nicht Wochen vorher, wie Trotzki sagt, aber **Tage** vorher. Für Deutschland aber setzte man das **Monate** vorher fest. Das ist das Entscheidende. Man übertrug das Schema des Oktober 1917 auf Deutschland, ohne daß die Tatsachen vorhanden waren – spekulativ!“

(Thalheimer, Hervorhebungen im Original, d. Red.)

Auch der Eintritt der Kommunisten in die sächsische sozialdemokratische Regierung kam gegen den Widerspruch Heinrich Brandlers zustande; trotz seiner Bedenken, daß in der Arbeiterklasse dafür noch gar nicht die Voraussetzungen vorhanden wären und diese erst zu schaffen seien. Auch die sächsische KPD war mit den Anweisungen des EKKI nicht einverstanden.

In Moskau wurde noch eine weitere wichtige Fehlentscheidung getroffen: man entschied, die Betriebsräte könnten an die Stelle der politischen Arbeiterräte treten.

So wurde Brandlers Konzeption, bei einer Steigerung der Massenbewegung in Deutschland vermittels eines Generalstreiks von der Intensivität des Streiks nach dem Kapp-Putsch die kommunistische Macht-

übernahme einzuleiten, durch die Dekretierung eines – vor allem von Trotzki vertretenen – revolutionären Fahrplans durchkreuzt, dessen Ablauf mit der telegraphischen Anweisung des EKKI an die KPD, Verhandlungen über den Eintritt in die mitteldeutschen Landesregierungen zu eröffnen, am 1. Oktober 1923 beginnen sollte.

Die Situation nach dem Cuno-Streik

Inzwischen hatte sich die Situation, auf der der Aktionsplan spekulativ aufgebaut war, vollständig geändert. Die Bourgeoisie selbst ergriff die Initiative, da ihr klar war, daß ohne Zugeständnisse an die Arbeiterklasse die Revolutionsgefahr wuchs.

In wenigen Wochen gelang es ihr, den Ruhrkampf zu beenden und zu einem Kompromiß mit den französischen Kapitalisten zu kommen. Genauso wichtig war die Beendigung der Inflation und die Einleitung der Stabilisierung durch Einführung der Goldrechnung. „Wenn die Bourgeoisie die Inflation nach August abgebaut hat, so nicht nur wegen der Revolutionsgefahr, die sie mit sich brachte, sondern weil auch die Wirkungen der Inflation von einem bestimmten Punkt ab in ihr Gegenteil umschlugen. Von einem bestimmten Punkt ab mußte die Inflation nicht mehr als Exportprämie wirken, sondern umgekehrt. Die Bourgeoisie hat die Inflationskonjunktur ganz kühl bis zu Ende ausgenützt. Sie ist bis zu dem Punkt gegangen, zu dem man überhaupt gehen konnte, und hat erst dann ganz Schluß gemacht, als die Inflationskonjunktur in die Inflationskrise umzuschlagen begann.“ (Thalheimer)

„Der entscheidende Fehler in der Aktion der Partei liegt darin, daß sie gläubig auf den Aktionsplan, der entworfen worden war, starrte, daß sie es unterließ, die **politischen Vorbereitungen für den Kampf um die Macht zu treffen**, daß sie sich **beschränkte auf eine technisch-organisatorische Vorbereitung**. Trotzki hatte erklärt: ‚Die Politik macht der Gegner.‘ Er war der Ansicht, daß der Hauptmangel der Revolutionäre im Westen bisher der gewesen war, daß sie die Bewertung der technischen und organisatorischen Vorbereitung des Aufstandes nicht genügend eingeschätzt hätten. Die Politik

hat allerdings der Gegner gemacht, und zwar sehr zweckentsprechend für sich, während eben der Grundfehler der Partei nach dem Cuno-Streik der war, daß sie keine Politik machte, daß sie die **politische Vorbereitung durch Teilkämpfe und Teilaktionen** unterließ und sich beschränkte auf technischorganisatorische Vorbereitungen.“ (Thalheimer)

Auf Beschluß der Exekutive erfolgte am 12. Oktober der Eintritt der Kommunisten in die sächsische und kurz darauf in die thüringische Regierung. Die Partei sollte den Regierungsapparat zur Bewaffnung der Arbeiter ausnutzen. Doch die Reichswehr „ignorierte“ diese Tatsache natürlich nicht. Als Böttcher zur Bewaffnung der Arbeiterhunderttschaften aufforderte, ließ General Müller mit Zustimmung Eberts die Reichswehr einmarschieren. Es zeigte sich also, daß Brandlers Widerstand in Moskau berechtigt war. „Nur unter einer Voraussetzung hätte man eine Regierung bilden können, daß man imstande war, so zu handeln, wie man als Kommunist und Revolutionär handeln muß, um den Widerstand der Bourgeoisie zurückzuschlagen. Das kann man aber nur **gestützt auf Zustimmung der Mehrheit der Arbeiter zur Diktatur, auf die bewaffneten Arbeiter**, auf einen bereits siegreichen Aufstand.“ (Thalheimer)

Am 20. Oktober beschloß die Zentrale einstimmig, daß auf Grund des Einmarsches der Reichswehr der Generalstreik, der den bewaffneten Kampf einschloß, ausgerufen werden sollte. Doch dann entschied man, daß man noch den Verlauf der Chemnitzer Konferenz vom 21. Oktober, in der Betriebsrats- und andere Arbeitervertreter wirtschaftliche Fragen beraten sollten, abwarten sollte, um die wirkliche Stimmung kennen zu lernen. „Auf dieser Konferenz stellte der Genosse Brandler in Übereinstimmung mit der Zentrale die Forderung, die Konferenz solle die Losung des Generalstreiks als Kampflösung gegen den Einmarsch der Reichswehr herausgeben. Wäre dort eine wirkliche revolutionäre Stimmung gewesen, die bereit war zum Machtkampf, dann war klar, daß die Versammlung diese Losung begeistert aufnehmen mußte und dass aus dem Generalstreik der bewaffnete Kampf um die Macht sich hätte entwickeln müssen. Die Wirkung aber war ganz anders. Brandlers Vorschlag fiel

in der Versammlung glatt zu Boden. Die Versammlung nahm den Antrag eilig auf. Dann passierte folgendes: Der linke SPD-Minister Graupe trat auf und erklärte, falls die Kommunisten nicht darauf verzichteten, die Frage des Generalstreiks in dieser Versammlung zu stellen, dann würde er mit seinen sieben Leuten die Versammlung verlassen. In einer wirklich revolutionären, kampfentschlossenen Versammlung hätte ein Sturm der Empörung die Flaumacher weggeeggt. Aber das Gegenteil geschah. Die Versammlung beschloß daraufhin, auf den unmittelbaren Aufruf zum Generalstreik zu verzichten und statt dessen eine kleine Kommission zu ernennen, die darüber befinden sollte. Es war dies ein Begräbnis dritter Klasse.“ (Thalheimer)

Das hieß, die Arbeiterklasse war gespalten und die Mehrheit stand zwar in einigen Orten, aber nicht in ganz Sachsen und im ganzen Reich hinter den Kommunisten. So beschloß die Zentrale einstimmig, d.h. auch mit den Stimmen der „Linken“ und der Kominternvertreter Radek und Pjatakow den Rückzug.

„Wäre dieser Beschluß nicht gefaßt worden, hätte die Partei es auf den Zusammenstoß mit dem überlegenen Gegner ankommen lassen, so wäre von ihr nur noch ein nasser Fleck übriggeblieben. ... Man könnte einwenden, es habe schon mehr Situationen gegeben, wo die Partei mit der Arbeiterschaft gekämpft hat, auch mit der Aussicht auf eine Niederlage. Gewiß, wir haben im Januar 1919 gekämpft, auch mit der Aussicht auf eine Niederlage. Wir haben auch in München gekämpft, wo jeder wußte, daß es sich nicht um die Erringung des Sieges handelte. Der Unterschied besteht darin: In dem einen Falle war es die große Masse der Arbeiterschaft, die kämpfte, und die Partei durfte in einer solchen Situation die Arbeiterschaft nicht im Stich lassen. Anders ist es, wenn der Kampf sich beschränkt auf die Partei, durch ihre falsche Taktik, durch ihre falsche Einschätzung der Lage. Das würde die Partei nicht fördern in den Augen der Massen, sondern diskreditieren.“ (Thalheimer)

Die Oktoberlegende und ihre Folgen

Auch Sinowjew, der Kominternvorsitzende, hatte der Oktober-Taktik der KPD zugestimmt. Doch im

Dezember nannte er ihre Politik eine „banale parlamentarische Kombination“. Ursache der Wendung waren die Fraktionskämpfe im Politbüro der KPdSU, die ihre Gründe nicht in machtpolitischen Streitereien, sondern in der schwierigen Lage der Sowjetunion (Auswirkungen des Bürgerkrieges, imperialistische Einkreisung) hatten. Trotzki gegen Sinowjew, Kamenew und Stalin. Trotzki – durch seine Anhänger Radek und Pjatakow – wie auch Sinowjew – unter dessen Vorsitz das EKKI die sächsische Politik beschlossen hatte – erschienen durch den negativen Ausgang des Oktober-Abenteuers belastet. So versuchte Sinowjew die Schuld an der Oktoberniederlage auf die Brandler-Thalheimer-Zentrale abzuwälzen. Unter dem Eindruck einer Rede Radeks, wo dieser erklärte, wenn sich die Mehrheit des Politbüros gegen Trotzki erkläre, stelle sich die Zentrale der KPD hinter ihn, wandte sich Sinowjew endgültig gegen die „Rechte“ in Deutschland und die von ihr und Radek vertretene Auffassung. Das Kräfteverhältnis hat sich objektiv verschoben; der Aufstand hätte zur vollständigen Niederlage der Partei geführt. Am 27. Dezember wurde Radeks Auffassung durch das Politbüro verurteilt. August Thalheimer schreibt: „Es war einfach die Folge eines Manövers im innerrussischen Fraktionskampf. Von dieser Rede Radeks erfuhren wir erst sehr viel später. Die Kampagne, das Trommelfeuer, waren in vollem Gange, Maslow usw. waren längst losgelassen, als wir – zur Zeit des 5. Kongresses – in Moskau von der eigentlichen Ursache dieser Wendung erfuhren. Das Eigentümliche dabei ist, daß diese Behauptung von Radek frei erfunden war.“

Die Exekutive der Komintern verhalf den Ultralinken Ruth Fischer und Maslow, zusammen mit Thälmann, Remmele und Neumann zur Führung der Partei. Der ultralinke Kurs erlebte seine erste Steigerung.

Die Oktoberlegende erreichte jetzt ihren Höhepunkt. In einer Resolution des Bezirksparteitages der KPD von Rheinland-Westfalen, unter der Ägide von Ruth Fischer, hieß es: „Die Konferenz erklärt, daß im Oktober vorigen Jahres der revolutionäre Entscheidungskampf historisch notwendig war. Weder das Ausweichen vor dem Kampf, noch das Ersetzen des

Endkampfes durch sogenannte Rückzugsgefechte, Teilaktionen oder ähnliches war zulässig.“

Trotzki schrieb in seiner Broschüre „Die Lehren des Oktober“: „Noch interessanter ist die Frage der Niederlage des deutschen Proletariats im Oktober vorigen Jahres. Wir hatten dort in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres eine klassische Demonstration der Tatsache gesehen, daß eine ganz außerordentlich günstige revolutionäre Situation von welthistorischer Bedeutung verpaßt werden kann.“

Wir haben anfangs von einer Zäsur in der Entwicklung der deutschen kommunistischen Bewegung gesprochen. Diese tritt einmal in dem massiven Eingriff der von der KPdSU dominierten Komintern in die deutsche Partei, der sich von jetzt ab häufen sollte, andererseits in der Durchsetzung der ultralinken Linie, die schließlich in die Niederlage führen sollte, in Erscheinung.

Die Ultralinke erklärte die Einheitsfronttaktik für falsch und opportunistisch. Auch die Eroberung der Gewerkschaften wurde aufgegeben, Maslow gab die Parole der „Vernichtung der Gewerkschaften“ heraus. Die „Bolschewisierung“ der Partei wurde eingeleitet. Als unmittelbare Aufgabe wurde erklärt „die Revolution zu organisieren, das Proletariat in dem bewaffneten Aufstand siegreich zu führen und die Diktatur des Proletariats zu errichten.“ Maslow schrieb: „Die Situation ist nach wie vor objektiv revolutionär.“ So wurde innerhalb eines Jahres der große Einfluß der KPD vertan und die Partei isoliert.

Hinter diesen Gegensätzen zur Politik der alten Zentrale stand eine prinzipiell unterschiedliche Einschätzung der Rolle der kommunistischen Partei. Während die alte Zentrale im Sinne Rosa Luxemburgs und des marxistischen Kerns des Spartakusbundes die Partei als Instrument der Arbeiterklasse zur Durchführung der Revolution begriff, dominierte bei der „Linken“ die Auffassung, die Partei müsse nicht Vorhut, „sondern Motor des Proletariats“ sein, sie müsse die Revolution machen.

(Alle Zitate von August Thalheimer sind entnommen der Broschüre 1923: *Eine verpaßte Revolution?*, die 1931 im Juniusverlag Berlin erschien).

Was geht in Peru vor?

Teil 3: Die Revolte von Castillos Basis

Liebe Leser*in, die Fußnoten und Quellenangaben dieses Artikels haben wir aus Platzgründen nur in der Onlineversion eingearbeitet: www.arbeiterstimme.org

Am Vormittag des 7. Dezember hatte Pedro Castillo in der Art eines Putschisten die Auflösung des Kongresses verkündet. Er verfügte über keinerlei Macht, den Worten auch Taten folgen zu lassen. Daher war seine Entscheidung nur die Simulation eines Staatsstreichs.

Diese Ansprache erzeugte das politische Klima für seine Absetzung. Der Sturz und die Festnahme Castillos fanden unter Bruch der peruanischen Gesetze statt. Deshalb folgte auf die Farce ein realer Staatsstreich.

Castillo hatte mit seiner Aktion die Mehrheit der Peruaner gegen sich aufgebracht. Deshalb stimmten auch fast alle Abgeordneten der Linken für seine Absetzung. Sie waren sich wahrscheinlich nicht im Klaren, woran sie sich da gerade beteiligten. Die Vizepräsidentin Dina Boluarte – sie rückte nun an die Spitze des Staates – galt in diesem Moment noch als Linke.

Sie hätte mit der Einlösung ihres Versprechens aus der Wahlkampfzeit den Gesetzesbruch heilen können. Castillos Basis erwartete deshalb ihren Rücktritt. Die Folge wären allgemeine Wahlen gewesen. Doch das passierte nicht. Boluarte hatte sich auf einen Kuhhandel mit der Rechten eingelassen. Sie sicherte zu, im Falle der Absetzung Castillos nicht zurückzutreten. Dafür ließ die Rechte das gegen sie laufende Amtsenthebungsverfahren ins Leere laufen.

In den ersten Tagen ihrer Regierung stützte sie sich nur auf die Streitkräfte und die Botschafterin der USA. Selbst die Mehrheit der rechten Abgeordneten brauchte eine Weile, um zu begreifen, was da gerade geschehen war. Dass diese Frau, die sie bisher

genauso bekämpften wie Castillo, nun ihre Präsidentin ist.

Boluartes Rede zur Amtseinführung brachte der Journalist Juan Manuel Robles auf den Punkt: *„Dina Boluarte trat ihr Amt als Präsidentin an, und das Erste, was sie tat, war, um einen Waffenstillstand zu bitten. Die scheinbare Harmonie kann nur als ein niederträglicher Pakt zwischen dem Kongress und der neuen Präsidentin gelesen werden.“*

Die erste Phase der Proteste

Auch Castillos Basis brauchte einige Zeit, um die Gegenwehr zu organisieren. Eine Schilderung davon findet sich in der linksliberalen Wochenzeitung *Hildebrandt en sus trece* (H13). Unter der Überschrift *„Enttäuschung in der Bevölkerung“* wird nur über kleine Protestkundgebungen wie auch die Spaltung der Basisorganisationen berichtet. So teilt ein Journalist aus Castillos Heimat mit: *„Heute, Donnerstag, [am Tag nach der Absetzung, EB] gab es hier auf dem zentralen Platz in Cajamarca einen Protest, aber er war nicht sehr energisch. Es waren maximal einige hundert Personen. Mich überrascht, dass alle Castillos Abgang akzeptieren, aber sie wollen, dass Dina Boluarte geht. Man bemerkt einen Hass auf den Kongress und sie wollen allgemeine Wahlen.“*

Doch man ahnt, dass es so nicht bleiben muss: *„Bei Redaktionsschluss kommt es zu Protesten auf dem Platz San Martín in Lima und einer Blockade der südlichen Panamericana bei Ica. Auf beiden Versammlungen werden vorgezogene Wahlen und der Rücktritt der Regierung Dina Boluarte gefordert.“*

Was folgt, sind, Stand August 2023, drei Phasen von Massenaktionen. Die erste startete mit dem Sturz

Castillos und dauerte knapp zwei Wochen. Die Menschen machten dann Pause, da sie sich das Weihnachtsgeschäft nicht entgehen lassen konnten. In Peru arbeiten mehr als 70% der Beschäftigten im informellen Sektor. Sie müssen arbeiten, wenn es etwas zu verdienen gibt.

Dazu kommt noch etwas anderes. Die Proteste werden von den Bewohnern der Regionen im Süden getragen. Vielen fehlt das Geld für Reisen in die Hauptstadt. Daher lassen sie sich in Lima von Delegationen vertreten. Für die Finanzierung dieser Reisegruppen legen sie zusammen.

Auf Youtube kann man diesen Gruppen stundenlang beim Demonstrieren zuschauen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass es sich dabei um so etwas wie Arbeitsnachweise gegenüber den Daheimgebliebenen handelt.

Diese Videos zeigen zumeist friedliche Proteste. Sie schlugen aber teilweise in Gewalt um. Dafür muss man die Vorgänge aus der Sicht der indigenen Bevölkerung betrachten. Sie wurden in der Vergangenheit von Präsidenten regiert, die von Europäern, Asiaten oder Mestizen abstammten. Jetzt war erstmals einer der ihren in dieser Funktion. Alle Sektoren der Gesellschaft hätten ihm nun mit dem Respekt begegnen müssen, der früher von ihnen erwartet wurde. Das ist nicht geschehen. Castillo wurde sofort mit allen Mitteln bekämpft und am Ende stürzte man ihn unter Bruch der Verfassung. Damit wurden ihre Rechte als Bürger der Republik mit Füßen getreten. Kein Wunder, wenn das Wut und Verzweiflung erzeugt. Diese ließen die Demonstrierenden dann an den Institutionen des Staates aus. Den Leitern der Basisorganisati-

onen ist klar, dass das nichts bringt. Deshalb versuchten sie die Leute zu beruhigen.

Die ersten Toten gab es am 11. Dezember in Andahuaylas. Eine Menschenmenge versuchte den Flughafen zu besetzen. Dabei starb ein 15-Jähriger durch ein Projektil.

Nachdem sich diese Nachricht verbreitet hatte, richtete sich die Wut gegen die Polizeistation. Sie wurde mit Steinen und Stöcken angegriffen und zu guter Letzt angezündet. Dabei erschoss die Polizei einen 18-Jährigen.

Dass ein Staat mit der Besetzung von Flughäfen auch anders umgehen kann, zeigt ein Vorfall aus Santa Cruz im Nachbarland Bolivien. Dort stürmten rechte Demonstranten die Landebahn, ohne dass es zu Todesopfern kam.

Demonstranten gleich Terroristen

Warum dieses unterschiedliche Verhalten der Behörden? In Peru wurden die Protestierenden von Anfang an zu Staatsfeinden erklärt. So suggerierte Óscar Arriola, General der Peruanischen Nationalpolizei (PNP) und Chef der Abteilung für Terrorismusbekämpfung (DIRCOTE), dass MOVADEF, eine legale Organisation von Anhängern Senderos, hinter den Protesten stehe. Er behauptete, dass die Forderungen nach „Schließung des Kongresses und Verfassungsgebender Versammlung, der Abschaffung des Neoliberalismus und von Neuwahlen“ die von Sendero ausgegebenen Lösungen für die Proteste seien.

Außerdem unterstellte er den Demonstranten, dass sie gegen den Rechtsstaat auf die Straße gehen. Andere erklärten die Forderung nach dem Rücktritt Boluartes zu einer Art Staatsstreich. Auch wurde behauptet, dass die Menschen von Bolivien aus aufgehetzt werden. Dabei fiel der Name Evo Morales, weshalb man ihn zur Persona non grata erklärte.

Wie geht man mit aus dem Ausland gesteuerten Staatsfeinden um? Ganz klar, mit aller Macht, die einem zur Verfügung steht. Daher erinnerte die Reaktion der Regierung mehr an eine Militärdiktatur als an das Agieren eines demokratischen Rechts-

staats. Dass Polizei und Militär auf die Verhältnismäßigkeit der Mittel geachtet haben, kann man nicht behaupten.

Straßenblockaden gehören in Peru schon seit langem zu den Aktionsformen bei sozialen Auseinandersetzungen. Der Versuch, Flughäfen zu blockieren, ist da nur eine Anpassung an veränderte Reisegewohnheiten.



Die gewalttätigen Auseinandersetzungen führten auch in kritischen Medien wie H13 zu einer schlechten Presse. „In Arequipa stürmten unterdessen rund 2.000 Demonstranten die Landebahn des internationalen Flughafens. Der Mob zerstörte die Lichter, brannte Sicherheitskabinen nieder und erzwang die Schließung dieses Flughafens.“

Landesweit blockierten Demonstranten mehr als 20 Landstraßen in Arequipa, Abancay, La Libertad, Ica, Cusco, Amazonas und Ucayali.

Die Eskalation der Gewalt zwang die Regierung von Dina Boluarte den Ausnahmezustand in den Landkreisen Abancay, Andahuaylas, Chincheros, Grau, Cotabambas, Antabamba und Aymaraes in Apurímac, sowie in einigen Städten in den Regionen Arequipa und Ica zu verhängen, wo die Regierung meint, dass eine Konzentration von ‚Konfliktsituationen‘ vorliegt.“

Auch die Zusammenfassung der ersten zwei Protestwochen fokussierte sich auf die Gewalt. Die zahllosen friedlichen Demonstrationen und lokalen Streiks fielen dabei unter den Tisch. Trotzdem gibt sie einen Eindruck von der Lage in Teilen des Landes wieder.

„28 Tote, darunter fünf Minderjährige; 356 Zivilisten und 290 Polizisten verletzt; 15 Polizeistationen zerstört; sechs Büros der Staatsanwaltschaft mit Tausenden von Akten verbrannt; vier Gebäude der Justiz und drei Niederlassungen des Staatsarchivs angegriffen; die wichtigste Molkerei Perus außer Betrieb;

vier Flughäfen, die geschlossen wurden und nun militärisch gesichert werden; ein kollabierter Tourismus und ein Land in Not. Dies ist Teil der tragischen Bilanz der letzten Tage der Unruhen und der sozialen Gewalt in Peru.“

Der zweite Anlauf

Am 4. Januar startete der zweite Versuch, Boluarte zum Rücktritt zu bewegen. Er dauerte bis Ende Februar, da waren die Menschen wieder erschöpft. Dazu gesellten sich wetterbedingte Naturkatastrophen.

Die Aktionsformen glichen denen von Dezember. Es gab Demonstrationen, Straßenblockaden, man versuchte Flughäfen zu besetzen und es fanden lokale Generalstreiks statt. Für den 14. Januar wurde zur „Segunda Marcha de los Cuatro Suyos“ (In etwa: Zweiter Marsch der vier Himmelsrichtungen) aufgerufen, in Anlehnung an den historischen „Marcha de los Cuatro Suyos“, die wichtigste Demonstration gegen Alberto Fujimori.

Die Organisatoren, lokale Fren-tes de Defensa (Verteidigungsfronten), wollten 50.000 Menschen in die Hauptstadt mobilisieren. Neben einer Reihe sozialer Organisationen und linker Parteien unterstützte auch der Gewerkschaftsdachverband CGTP diese Aktion.

Alberto Otárola, gegenwärtig Präsident des Ministerrates und während der Regierung von Ollanta Humala Verteidigungsminister, kündigte an: „Wir werden ihnen nicht erlauben, dass sie nach Lima kommen.“ Entsprechend wurden die Anreisenden überall im Land aufgehalten, gefilzt und schikaniert. Bei all diesen Kontrollen, und auch bei den Festnahmen während der Demonstrationen, wurde aber keine einzige Waffe beschlagnahmt.

Trotzdem hat man ihnen den Willen zu Mord und Totschlag unterstellt. Dafür wurde auch bewusst gelogen. Ein Beispiel ist der Tod des Polizisten José Soncco am 9. Januar in Juliaca.

Öffentlich erklärte Otárola, dass ein Mob von ungefähr 300 Personen einen Streifenwagen angegriffen und einen der Polizisten bei lebendigem Leib angezündet hat. Entsprechend

lauteten die Aufmacher: „*Polizist bei lebendigem Leib verbrannt.*“ Doch Soncco war da schon längst tot. Das

Ayacucho (Front zur Verteidigung des Volkes von Ayacucho, FREDEPA). Das hat es in sich. Der verstor-

sen. Doch daran zeigt sich ein Problem, mit dem die peruanische Linke zu kämpfen hat. Ein Journalist fasste das vor einiger Zeit so zusammen: In einer größeren Gruppe von Linken findet sich immer einer, gegen den in der Vergangenheit wegen Terrorismus ermittelt wurde. Damit kann man dann alle diskreditieren.

Der zweite Marsch nach Lima

Doch zurück zur „*Segunda Marcha*“, von manchen auch als „*Segunda toma de Lima*“ (Zweite Besetzung von Lima) bezeichnet. Eine Besetzung ist ein unfreundlicher Akt. Deshalb haben die Konzernmedien diesen Begriff sofort übernommen. Schließlich markieren sich die Akteure damit selbst als die Bösen. Doch kommt darin auch die Sicht vieler Hochlandbewohner auf die Hauptstadt zum Ausdruck. Sie wird als feindlich wahrgenommen. In der Mobilisierung während der dritten Protestwelle ist diese Bezeichnung in manchen Aufrufen zwar nach unten gerutscht, aber nicht verschwunden.

Von hier aus kann man nicht sagen, wie viele Menschen letztendlich in Lima demonstrierten. Die Regierung hatte zusätzlich 11.800 Polizisten in die Stadt beordert. Ihr Ziel war, die Menschen schon an den Sammelpunkten aufzuhalten. Ein gutes Mittel, die Teilnehmerzahlen klein erscheinen zu lassen. Trotzdem zeigen Bilder sehr große Menschenansammlungen. Die Wochenzeitung *H13* berichtete über diese Aktionswoche mit dem Aufmacher: „*Das Land in Flammen*“²⁰

Im dazugehörigen Text findet sich diese Einordnung: „*Tausende Demonstranten trafen diese Woche in der Hauptstadt ein, aus verschiedenen Regionen des Landes wie Apurímac, Ayacucho, Puno, Cusco und Arequipa. Es handelte sich offenbar um die bedeutendste, gegen die Regierung gerichtete Mobilisierung der letzten zwanzig Jahre.*“

Inzwischen war die Zahl der Toten auf 54 angewachsen. Es fehlt hier der Platz, das unglaubliche Verhalten des peruanischen Staates detailliert nachzuzeichnen. Wer will, kann sich durch die Berichte von Human Rights Watch (HRW) oder der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH), einer Unterorganisation der Organisation Amerikanischer Staaten



Trauer um die von der Policía Nacional erschossenen Menschen

wussten auch die Behörden. Dieses Ereignis hatte wohl nichts mit den Protesten zu tun. Drei Monate später nahm die Polizei zwei Tatverdächtige fest. Einer von ihnen war ein ehemaliger Polizist.

Damit wurde die Nachricht des Tages in den Hintergrund gedrängt. Beim Versuch, den Flughafen zu besetzen, waren in Juliaca 18 Menschen von der PNP (Policía Nacional del Perú) erschossen worden. Darüber berichteten die Konzernmedien dann nur noch am Rande.

Die Last der Vergangenheit

Ein Problem für die Bewegung ist die Teilnahme von ehemaligen Aktivisten des Sendero Luminoso. Viele von ihnen haben inzwischen ihre Strafen verbüßt. Doch wie stehen sie zu ihrer Vergangenheit?

Ein Beispiel ist „Camarada Cusi“, mit bürgerlichem Namen Rocío Leandro Melgar. Sie war bis 2003 wegen Terrorismus inhaftiert. Ihr wird auch die Beteiligung an Planungen für die Ermordung des Kommunisten Pedro Huilca vorgeworfen. Der Gewerkschaftsführer wurde aber am Ende ein Opfer von staatlicher Gewalt.

Nach Beginn der Proteste wurde Melgar von der DIRCOTE wegen Wiederbetätigung festgenommen. Sie war zu diesem Zeitpunkt Präsidentin der Frente de Defensa del Pueblo de

bene Sendero-Chef Abimael Guzmán behauptete, dass diese Front von seiner Organisation gegründet wurde. Heute ist, glaubt man der Berichterstattung von *H13*, FREDEPA eine abgeschottete Organisation, die aber über einigen Einfluss verfügt. Deshalb wird sie zu Aktivitäten der Regionalregierung eingeladen. Auch wirft man ihr eine mangelnde Abgrenzung von MOVADef vor.

Diese Beschreibung wird von einer Nachricht aus Ayacucho gestützt. Die Leitungen verschiedener Gremien der örtlichen Bauwirtschaft, darunter auch Gewerkschaften, lehnten einen von FREDEPA ausgerufenen lokalen Generalstreik ab. Sie begründeten das mit ihrer Einkommenssituation, beschwerten sich aber auch, dass der Streik über ihre Köpfe hinweg beschlossen worden war.

Eine Journalistin von *H13* hat Melgar im Gefängnis besucht. Im Interview lehnt sie Gewalt zur Erreichung von politischen Zielen ab. „*Mit Gewalt verschlimmern wir nur alles, das hat sich gezeigt.*“ Und: „*Heute suche ich nur noch soziale Gerechtigkeit. Das ist doch kein Verbrechen, oder?*“ Auch der Fall Huilca kommt zur Sprache. Sie argumentiert so, als ob es Gründe für seine Ermordung gegeben hätte. Kein Wunder, wenn das die Öffentlichkeit beunruhigt.

Für die Massenmedien sind solche Verbindungen ein gefundenes Fres-

(OAS), einen Eindruck davon verschaffen. Die CIDH beklagt in diesem Zusammenhang „außergerichtliche Hinrichtungen“.

Eines darf man dabei aber nicht vergessen. Es handelt sich hier um Organisationen, die die Politik der westlichen Staaten mittragen. Deshalb gibt es von ihnen keine Kritik am Sturz Castillos. Ihre Aufgabe ist, einen gewissen Druck auf die ausführenden Organe auszuüben. Sie sollen den Einsatz der Gewalt auf das Notwendigste beschränken. Nur so kann die westliche Öffentlichkeit davon abgehalten werden, einen genaueren Blick auf die Zustände in einem befreundeten Land zu werfen. Dort könnte sie sehen, was mit „regelbasierter Ordnung“ wirklich gemeint ist.

Eine erste politische Wertung

Bis März war die indigene Bevölkerung aus dem Süden des Landes der Träger der Bewegung. Sie brachte damit ihre Ablehnung der Regierung Boluarte zum Ausdruck. Das Zentrum der Proteste befand sich in fünf der peruanischen Departements. In anderen Teilen des Landes gingen zwar auch Menschen auf die Straße, dort waren es aber deutlich weniger.

Zu den Demonstrationen in Lima kamen hauptsächlich Menschen der oben genannten Regionen. Die Beteiligung der Einwohner Limas war, gerade wenn man ihre Zahl von über 10 Millionen bedenkt, zu vernachlässigen. Doch haben sich Teile der Limeños solidarisch gegenüber den „Invasoren“ gezeigt. Auf Videos kann man sehen, wie Anwohner die Demonstranten mit Trinkwasser versorgten. Studenten haben den Auswärtigen ihre Unis als Übernachtungsquartier zur Verfügung gestellt. Doch die Leitung der UNMSM zeigte das an. Bei der folgenden Räumung wurden fast 200 Personen verhaftet. Dabei entstand das Foto, wie ein Polizeipanzer das Eingangstor zur ältesten Universität Lateinamerikas eindrückt.

Die Teilnahmslosigkeit der Bewohner Limas ist erstaunlich. Laut Meinungsumfragen wird die Präsidentin zu diesem Zeitpunkt von 77% und der Kongress sogar von 90% abgelehnt, baldige Wahlen verlangen 69% der Menschen.

Laut der Defensoría del Pueblo, einer staatlichen Behörde, tragen

Zusammenschlüsse der lokalen Bevölkerung die Proteste. Ab und zu führt sie auch Rondas Campesinas oder Basisgruppen der Bildungsgewerkschaft SUTEP als Akteure auf. In den Videos dominiert die Landesfahne mit dem Zusatz: „Ich liebe dich, Peru“. Auch die Wiphala, eine Fahne andinen Ursprungs, ist meist zu sehen. Linke Erkennungszeichen tauchen kaum auf, wenn doch, dann von der SUTEP oder der Bauarbeitergewerkschaft.

Das Agieren von Regierung und Kongress

Boluarte reagierte mit einer Doppelstrategie auf diesen Gegenwind. Sie schlug dem Kongress ein Vorziehen der Wahlen auf das Jahr 2024 vor. Damit hielt sie sich an ihre Abma-

Sektoren feiern, dass die Regierung der ehemaligen Vizepräsidentin des linken Lehrers Pedro Castillo zunehmend einem zivil-militärischen Regime ähnelt.“

Weil sie auf die Unterstützung der bewaffneten Macht angewiesen ist, versucht sie diese zu schützen. H13 schreibt: „Es ist in jedem Fall eine gegenseitige Unterstützung. Das Militär hat der Boluarte-Regierung den Sauerstoff gegeben, den sie zum Überleben brauchte, und die Proteste mit Kugeln niedergeschlagen. Und die Präsidentin hat sie öffentlich verteidigt und sogar angedeutet, dass die Ermittlungen zu den Toten in Ayacucho in die Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit fallen könnte.“

Ein Argument gegen Boluartes Rücktritt ist, dass damit die extreme Rechte die Regierungsgeschäfte übernehme. Das wird von H13 mit Richard Hancoo Soncco, Gouverneur



Präsidentin Dina Boluarte, Erzbischof von Lima, Carlos Castillo

chung mit der Rechten. Gleichzeitig sollte so der Anschein erweckt werden, dass sie im Sinne ihrer Wähler tätig ist.

Da sie sich auf Polizei und Militär stützt, stimmte sie in den Chor „Terrorismus“ ein: „Wir haben diese Erfahrung schon in den 80er und 90er Jahren durchlebt und wir wollen nicht zurück zu dieser schmerzhaften Zeit, die das Leben von tausenden Peruanern geprägt hat.“

H13 schrieb: „Im privaten Kreis betont Boluarte, dass sie keinen anderen Ausweg hatte. Es ging darum, die Streitkräfte auf die Straße zu schicken oder zuzulassen, dass sich die Gewalt des Landes bemächtigt und ihr Mandat vorzeitig beendet. Der Fujimorismo, die radikale Rechte und die Geschäftswelt applaudieren Boluarte. Die konservativsten

von Puno und ehemaliger Staatsanwalt, diskutiert.

H13: „Und Ihnen ist bewusst, dass es sich um eine ultrarechte Übergangsregierung handeln würde bis hin zur Möglichkeit eines militärischen Zuschnitts?“

Hancoo: „Ja, aber sie werden keine Zeit haben, die Änderungen vorzunehmen, die sie jetzt machen möchten. Die Verschiebung der Wahlen birgt eine Falle.“

H13: „Was ist der Haken?“

Hancoo: „Wir haben Nein zu ihrer Verfassungsgebenden Versammlung gesagt. (dem Wunsch der Regierung Castillo, EB) Sehr gut! Aber das wurde von diesem Teil der Rechten ausgenutzt und genau in diesem Moment gibt es in der Verfassungskommission einen Vorschlag für ein Projekt zur Reform von

50 Verfassungsartikeln. Und diese Veränderungen sind dazu da, um sich ewig an der Macht zu halten: Zweikammersystem, Wiederwahl (der Abgeordneten, EB), Eingriffe in das Wahlsystem, was für mich sehr ernst ist ... Das ist es, wie sie diese Zeit nutzen wollen.“

Dieses Gespräch wurde schon im Januar geführt. Seitdem ist das von Hanco beschriebene Szenario das Drehbuch, nach dem die Parlamentsmehrheit handelt. Dabei findet sie in Perú Libre, der Partei Vladimir Cerróns, einen Alliierten. Das wurde Ende Juni, bei der Wahl der neuen Leitung des Kongresses, offensichtlich.

Da sich die extreme Rechte der Unterstützung ihrer traditionellen Verbündeten nicht mehr sicher sein konnte, verbündete sie sich mit Cerrón. Mit den Stimmen seiner verbliebenen Anhänger wurde das politische Leichtgewicht Alejandro Soto Reyes von der rechten Alianza para el Progreso (Allianz für den Fortschritt) zum Präsidenten des Kongresses gewählt. Dabei spielte es keine Rolle, dass gegen ihn 55 Ermittlungsverfahren laufen. Wichtiger war die Einschätzung des Fujimorismus, dass er „leicht zu steuern“ ist. Erster Vizepräsident ist jetzt der ehemalige Linke Nano Guerra von Fuerza Popular, einer Partei quasi im Besitz der Familie Fujimori.

Doch wirklich interessant ist die letzte Personalie. Zum zweiten Vizepräsidenten haben die Abgeordneten Waldemar Cerrón gewählt, einen Bruder von Vladimir, der Generalsekretär von Perú Libre. Damit hat Perú Libre, angeblich eine Partei der sozialistischen Linken, dafür gesorgt, dass die Dominanz der Rechten über den Kongress erhalten bleibt. Sie verweigerte sich dem Versuch, eine neue Leitung zu wählen, die von Abgeordneten der Mitte und der Linken getragen wird.

Im März hatte H13 den Aufmacher: „Die Diktatur ist auf dem Weg.“ Dort konnte man lesen: „Das war eine Woche voller Schicksalsschläge. Die Tribunen des Verfassungsgerichts traten das demokratische Spielbrett mit Füßen und haben das Parlament in eine allmächtige Institution verwandelt, mit überwältigenden Rechten außerhalb des Justizsystems.“

Gemeint war eine Entscheidung des höchsten Gerichts, mit dem es die

Gewaltenteilung in Frage stellt. Als Folge gerät die Unabhängigkeit der staatlichen Institutionen in Gefahr. Man darf nicht vergessen, dass Keiko Fujimori sich lange weigerte, ihre Niederlage anzuerkennen. Mit ihren Leuten an den Spitzen der Wahlbehörden ist dem Betrug Tür und Tor geöffnet. Cecilia Méndez, eine Professorin der Universität von California, sieht darin einen „totalitären Drang“.

Der dritte Versuch

Das politische Klima der dritten Protestwelle war zusätzlich von Plagiats- und Korruptionsvorwürfen gegen die Präsidentin geprägt. Kein Wunder, dass die Meinungsumfragen für sie inzwischen über 80% Ablehnung ermittelten. Genauso hoch war der Wunsch nach baldigen Wahlen. Nur der Kongress konnte den Wert seiner Zurückweisung bei 90% halten. Gleichzeitig berichtete eine Wirtschaftszeitung, dass Boluartes Politik bei den Geschäftsführungen eine Zustimmung von ca. 70% erhält. Vor einem Jahr hatte sich aus diesem Kreis nur 1% positiv zu Castillo geäußert.

Höhepunkt der dritten Protestwelle war eine Demonstration am 19. Juli in Lima. Sie wurde von zahlreichen Aktionen in den Regionen begleitet.

Wegen der politischen Entwicklung der letzten Monate war H13 inzwischen auf die Seite der Protestierer gewechselt. Daher ihre euphorische Berichterstattung. „Die Demonstration vom 19J zerstörte zwei Mythen, die die Regierung und die Mainstream-Medien mit Schlagzeilen durchzusetzen versuchten: Weder Sendero Luminoso noch MOVAREF stehen hinter den Protesten und es handelt sich nicht um ‚eine kleine Gruppe‘, die Boluartes Rücktritt und vorgezogene Wahlen fordert. Der 19J war ein landesweiter Protest und das belegen die kalten Zahlen: Nach Angaben der Defensoría del Pueblo gab es in 53 Landkreisen Mobilisierungen. Nach Schätzungen des Innenministeriums marschierten im ganzen Land 21.000 Menschen. Es handelt sich dabei um eine offizielle Zahl, die einfach schäbig ist.“

„Die Bewegung hatte einen gewissen Erfolg. Neue Sektoren haben sich den Märschen angeschlossen und das wird noch zunehmen. Diese Regierung hat keinen sozialen Anker. Ihr einziger Anker

ist die faktische Macht: Die Streitkräfte, das Großkapital und natürlich die Pressekonzerne. Sie sind diejenigen die diese Regierung tragen, die ansonsten in der Luft hängt“, sagt Sinesio López, Professor für Soziologie an der UNMSM.

Es wurde darauf hingewiesen, wer da gemeinsam auf der Straße war. Unabhängige Journalisten zusammen mit Antauro Humala, dem Bruder des ehemaligen Präsidenten. Dieser Major im Ruhestand saß als Anführer eines militärischen Aufstandes 18 Jahre im Gefängnis. Aus der Haft leitete er eine Zeitschrift, die man als peruanische Nationalzeitung bezeichnen kann.

Daneben sah man Aktivisten verschiedener Parteien, die sonst nichts miteinander verbindet. Darunter, wie man in Videos sieht, sogar Gruppen von Perú Libre. Die Demonstranten in Lima kamen im Wesentlichen aus der Hauptstadt, ein markanter Unterschied zu den bisherigen Protesttagen.

Die CGTP konnte anscheinend nur einen Teil ihrer Basis mobilisieren. Die Journalisten von H13 nahmen im Vergleich mehr Fahnen der SUTEP wahr.

Zur Vorbereitung dieses Tages hatten sich zwei nationale Koordinationen gebildet. Ihr Unterschied liegt in ihrer Positionierung zu Castillo. Die eine fordert seine Wiedereinsetzung als Präsident, was die andere bewusst nicht unterstützt. Beide verbindet der Wunsch nach einem Rücktritt von Boluarte, vorgezogenen Wahlen und Gerechtigkeit für die Opfer der Repression.

Der Druck der internationalen Organisationen hat seinen Zweck erfüllt. Während dieser Proteste ist es zu keinen weiteren Todesopfern gekommen. Das war so nicht zu erwarten. Nach dem Bekanntwerden der Demonstrationsaufrufe fragte Boluarte: „Wie viele Tote wollen sie noch?“ Das wurde allgemein als Drohung verstanden.

Die Proteste gingen auch am Nationalfeiertag, dem 28. Juli, weiter. Es wiederholten sich die berüchtigten Polizeiübergriffe. Einzigartig war die Übertragung der Rede Boluartes in zwei Fernsehkanälen. Dort konnte man auf der rechten Seite des Bildschirms ihre Ansprache verfolgen. Gleichzeitig wurde auf der linken Seite live die Verhaftung eines Journalis-

ten übertragen. Doch alles sah man nicht. Die Polizei brachte ihn außer Sicht der Kameras und misshandelte ihn. Sein Anwalt hat deshalb Anzeige wegen Folter erstattet.

Was bringt die Zukunft?

Ein Politikwissenschaftler wies darauf hin, dass für die Lösung der politischen Krise eine Verhandlungsbereitschaft von Seiten der Herrschenden notwendig ist. Legen zwei Millionen Menschen das Land lahm, braucht es sie nicht. Beim Sturz A. Fujimoris waren nur 200 bis 250 000 Menschen auf der Straße. Damals gab es Verhandlungen und A. Fujimori musste zurücktreten. Etwas Vergleichbares ist heute nicht zu erkennen.

Kein Wunder, die lokale Bourgeoisie will die Gunst der Stunde nutzen, um ihr politisches System gegen die Ansprüche der unteren Klassen zu härten. Vorbild ist Chile. Dort gibt es seit dem Ende der Diktatur in der Regel Mitte-Links-Regierungen. Sie haben aber keine Möglichkeit, gegen die Schlüsselinteressen der Bourgeoisie vorzugehen. Sogar eine Revolte wie 2019 konnte dem nichts anhaben. So ein komfortables System möchten sich jetzt auch die Herrschenden in Peru einrichten. Bleibt der gesetzliche Rahmen bestehen, droht in Zukunft ein neuer Pedro Castillo.

Auch die Interessen der Industrieländer aus dem Norden lassen gegenwärtig wenig Platz für Kompromisse. Die Kosten für die peruanischen Bodenschätze sollen niedrig bleiben. Allein der Abbau unter Einhaltung aller notwendigen Umweltauflagen würde sie verteuern. Zusätzlich benötigt das Land Einnahmen zur Bekämpfung der Armut, ebenso für eine gute Ausstattung des Bildungs- und Gesundheitssystems.

Damit sind wir beim wirklichen Grund für die Absetzung Castillos gelandet. A. Fujimori hatte während seiner Regierungszeit viele Förderlizenzen mit ausländischen Unternehmen abgeschlossen. Die vereinbarten Abgaben orientierten sich an den damaligen Rohstoffpreisen. Diese sind in der Zwischenzeit explodiert. Jetzt, nach dreißig Jahren, laufen diese Verträge aus. Castillo hatte angekündigt, sie neu zu verhandeln. Heute kann man höhere Abgaben durchsetzen,

sofern man das will. Viele Rechte wollen die Verträge einfach verlängern. Der Putsch hat daher wohl den Alptraum der Bergbaukonzerne beendet.

Die „Entwicklungshilfe ganz anderer Art“ in Aktion

Gabriel Felbermayr, ein Berater der Bundesregierung, hatte sich letztes Jahr für eine „Entwicklungshilfe ganz anderer Art“ eingesetzt. Damit sollen Regierungen von Ländern stabil gehalten werden, in denen sich Bodenschätze befinden. *„Da wird man ... auch mal mit Militärhilfe sicherheitspolitisch unterstützen müssen.“* Genau das findet jetzt in Peru statt.

Kurz vor Beginn der dritten Protestwelle betraten am 1. Juli über 1.000 US-Soldaten das Land. Folgerichtig kritisierte Héctor Béjar, der Veteran der Guerilla der 60er Jahre: *„Es ist offensichtlich, dass die Anwesenheit dieser Soldaten abschreckend wirkt und Teil einer Politik der Einschüchterung des peruanischen Volkes ist.“*

Dieser Vorgang zeigt, dass der Putsch nicht von einem Fehlverhalten Castillos ausgelöst wurde. Man hatte ihn von langer Hand geplant.

Den Beschluss zur Stationierung der US-Soldaten hatte der Kongress schon im August 2022 gefasst, doch erst die Unterschrift des Präsidenten verleiht ihm Gesetzeskraft. Wie die Deutsche Welle meldete, wurde das Gesetz erst im Mai 2023 unterzeichnet. Ohne den Regierungswechsel wäre es nicht zu dieser Stationierung gekommen.

Nebenbei, die Anwesenheit der US-Truppen ist auch eine Bedrohung für Bolivien. Die „Entwicklungshilfe ganz anderer Art“ hatte Felbermayr hinsichtlich der dortigen Lithiumvorkommen ins Spiel gebracht. Peru ist für die imperialistischen Länder auch ein Trittstein auf dem Weg in dieses Binnenland.

Bringen Wahlen eine Lösung?

Unter den gegenwärtigen Bedingungen können vorgezogene Wahlen nur den Umbau des politischen Systems stoppen. Vorausgesetzt, dass wieder ein in Opposition zum Fujimorismus stehender Präsident gewählt wird. Sie bringen kurzfristig aber keine Lösung für die Probleme des Landes.

In einem Beitrag für *El Buhó* weist Jorge Rendón Vásquez, emeritierter Professor der UNMSM, darauf hin, dass die Staatsgeschäfte heutzutage von Spezialisten ausgeübt werden. Jede politische Vertretung einer Klasse benötigt fähiges Personal, um diese Spezialisten anzuleiten. Er fragt sich, ob die Parteien der Rechten und der Mitte überhaupt solches Personal in ihren Reihen haben. Für die Linke beantwortet er das mit einem klaren Nein.

Das begründet er mit einem Abriss ihrer Geschichte seit den 70er Jahren. Da sie nicht wissen, was sie tun, war das ein Weg nach unten. Sie stimmten sogar *„der Entscheidung des Kongresses von 1991 zu, die Präsident Fujimori ermächtigte, den Neoliberalismus in Peru einzuführen.“*

Ein historisches Problem der peruanischen Linken ist ihre Zersplitterung. Heute sind nur Perú Libre und Juntos por el Perú im Parteienregister eingetragen. Alle anderen waren nie in der Lage, die dafür benötigten 28.000 Unterschriften zu sammeln.

Leider kann man ihm nicht widersprechen, wenn er schreibt: *„Als Folge ist absehbar, dass die Gruppen der sogenannten Linken ihr ödes Leben als kleine Zirkel oder Sekten fortsetzen werden. ... Bei dieser Perspektive erscheint es offensichtlich, dass die Arbeiterklassen, die Fachkräfte und die Intellektuellen ein Reset ihres politischen Umfelds ausführen müssen, wenn sie bessere öffentliche Dienstleistungen, eine gerechtere Verteilung des Volksvermögens und bessere Aufstiegschancen wünschen. Sie müssen eine programmatische Grundlage schaffen, aus der Reformprojekte hervorgehen, die diese Veränderungen ermöglichen. Sich mit Vertrauen und Disziplin in einer neuen politischen Bewegung organisieren und die Herausbildung der Kader fördern, die sie anführen.“*

Dem ist nichts hinzuzufügen. Der von Allen abgelehnte Kongress ist ja genau von den Menschen gewählt worden, die ihn jetzt verachten. Kurzfristig werden daher Wahlen nichts Wesentliches ändern. Trotzdem wünscht man den Peruanern, dass Boluarte bald stürzt. Vielleicht tragen die Demonstrationen im Oktober und Dezember dazu bei, zu denen die Coordinadora Nacional Unitaria de Lucha und weitere Organisationen aufrufen.

Emil Berger

Frieden in Geschichte und Gegenwart –

Losurdos Blick auf die Friedensidee und ihre Folgen



Eine kritische Geschichte der Idee des Friedens zur richtigen Zeit! Der italienische Philosoph und Historiker Domenico Losurdo (1941-2018), zu Lebzeiten marxistischer Gelehrter an der Universität von Urbino, hat sie als Alterswerk noch vorgelegt, im August 2022 bei PapyRossa, Köln, auf Deutsch erschienen. Eine Schrift, die seit ihrem Erscheinen von der hiesigen Friedensbewegung noch kaum wahrgenommen und rezipiert wurde. Die aber auch im „herrschenden Diskurs“ bisher kaum eine Rolle spielt. Liegt es an der marxistischen Provenienz des Autors, der einen durchaus umstrittenen biografischen Stalin-Essay verfasste? Was Losurdo von dem linken marxistischen Autor Christoph Jünke den Vorhalt apologetischer, neostalinistischer Draufsicht auf den roten Despoten einbrachte.

Des Weiteren schrieb Losurdo über Nietzsche und Hegel, aber auch über Gramsci, und legte eine Studie zur „Sprache des Imperiums“ (2011) vor. Mit „Flucht aus der Geschichte? Die russische und die chinesische Revolution heute“ (Essen

2009), eine Überarbeitung, Aktualisierung und Erweiterung von ursprünglich zwei in den *Marxistischen Blättern* veröffentlichten Flugschriften, belegt Losurdo, nacheinander Mitglied verschiedener kommunistischer Parteien in Italien, sein Anliegen, sich der eigenen Geschichte kritisch bilanzierend zu stellen und daraus neue Kraft für kommunistische Identität zu schöpfen (aus dem Klappentext des Neue Impulse Verlags). Mitunter geht er mit „Demokratie des Westens“ und Liberalismus hart ins Gericht (vgl. „Freiheit als Privileg. Eine Gegengeschichte des Liberalismus“, 2010). Es ist das klassische philosophische Pamphlet „Zum ewigen Frieden“ des Königsberger Aufklärer-Gelehrten Kant, das als Eckpfeiler und Bezugspunkt von Losurdos Betrachtungen zunächst am Anfang steht.

Von dort her arbeitet sich Losurdo durch sein Thema hindurch bis zur Gegenwart. Zur Frage nach der Bedeutung der universellen Idee des Friedens für heute. Da sie ob der Barbarei neuer Kriege völlig an den Rand gedrängt wird, ja sogar unterzugehen droht. Losurdo nimmt die weltpolitischen Entwicklungen, Konstellationen und Verschiebungen der Gegenwart in den Blick vor allem in den Kapiteln 10: „Universelle Demokratie und ‚endgültiger Frieden‘“ (S. 323-350), 11: „Ein neuer großer Krieg im Namen der Demokratie?“ (S. 351-385) und 12: „Wie heute für eine Welt ohne Krieg kämpfen?“ (S. 386-422). Besonders in diesem letzten regulären Buchkapitel äußert er Zweifel an westlicher Lesart der Idee des Friedens als „Haus der Begrenzung des Krieges“. Er stellt die Frage nach Kriegsverhinderung durch Machtbegrenzung und provokant danach, wer uns vor der „Responsibility to Protect“ schützt? Er geht der Frage nach, mit welchen Veränderungen Frieden gefördert werden könnte, kommt noch einmal auf den

Zusammenhang Staat, Krieg und Utopien des 20. Jahrhunderts zu sprechen. Darin ganz materialistischer Dialektiker sieht er das Ideal des ewigen Friedens konkret herausgefordert durch die „Schule des politischen Realismus“, was durchgehend seinen Analyse-Ansatz markiert.

Wenn wir von tauglichen Friedens-Konzepten und Ideen-Träger:innen für Frieden und Gewaltlosigkeit reden, kommen Namen auf, die bis auf den Gandhis alle bei Losurdo in diesem Buch nicht vorkommen. Dafür hat er sich kritisch mit Gewaltfreiheit, mit Thoreau, Tolstoi, Gandhi, Martin Luther King jr. u. a. auseinandergesetzt in seinem Buch „Gewaltlosigkeit. Eine Gegengeschichte“ (Argument, Hamburg 2015), deren Anhänger oder Fürsprecher er nicht ist. Losurdo verfolgt vorrangig einen ideengeschichtlichen, weniger einen biografischen Ansatz. Dafür spielen neben Kant Namen bei ihm eine wichtige Rolle wie Fichte, Hegel, Machiavelli, Napoleon, Tocqueville, Marx, Comte, Spencer, Cloodts, Jaurès, Trotzki, Lenin, Liebknecht, Wilson. Das macht den von Losurdo gezogenen Radius deutlich: es geht in der Tat nicht um die örtliche oder personale, sondern um die systemisch-epochale Dimension Frieden in der neueren Weltgeschichte. Was seinen Ansatz interessant, ja maßgeblich erscheinen und zugleich gewöhnungsbedürftig sein lässt, bei Machiavelli oder Napoleon nach Friedensansätzen zu suchen. Sie redeten zwar auch von „Frieden“, verstanden aber etwas anderes darunter und bezweckten anderes damit. Die jeweiligen Buchabschnitte dazu belehren einen entsprechend.

Im Wesentlichen sind es fünf weltpolitische Wendepunkte, die er im Vorwort zu seinem Buch skizziert, deren Beschreibung hier in Gänze zitiert werden soll, womit er auch einen Großteil des Inhalts der Kapitel 1 bis 9 seines Buches umreißt. Es geht für den Autor „darum,

die historischen Momente zu untersuchen, in denen dieses Ideal (einer Welt ohne Krieg und Kriegsgefahr, d. Verf.) bekannte Persönlichkeiten, beträchtliche Teile der öffentlichen Meinung und manchmal Massen von Männern und Frauen inspiriert hat, und jedenfalls zu einer echten politischen Kraft geworden ist. Wir haben es im Grunde mit fünf Wendepunkten in der neueren Geschichte zu tun. Der erste setzt 1789 mit den Versprechungen und Hoffnungen der Französischen Revolution ein, die nach dem Sturz des Ancien Régime nicht nur das Ende der traditionellen, dynastischen und Kabinettskriege bedeutet, sondern der Geißel des Krieges an sich ein Ende setzen würde, und endete in den endlosen Eroberungskriegen der napoleonischen Ära. Der zweite Wendepunkt ist von geringerer Bedeutung: Für einen kurzen Zeitraum bemächtigte sich die Heilige Allianz der Fahne des ewigen Friedens oder versuchte, sie zu ergreifen, allerdings mit dem Ziel, militärische Kriege zu rechtfertigen und zu legitimieren, die sie gegen jene Länder führte, die geneigt waren, sich trotz der Niederlage der Revolution von dieser anstecken zu lassen, und sich dadurch schuldig machten, die Restauration und heilige Ordnung, die der Wiener Kongress nach der Niederlage Napoleons installiert hatte, in die Krise zu stürzen.

Den dritten Wendepunkt sah man in der Entwicklung des Welthandels und der modernen Industriegesellschaft, die Hand in Hand mit der Illusion ging, dass die neue wirtschaftliche und soziale Realität den Geist der Eroberung durch Kriege verschwinden lassen würde. Eine Illusion, die die Augen vor den Massakern verschloss, die in jenen Jahrzehnten mehr denn je mit dem kolonialen Expansionismus verbunden sind und denen das Gemetzel des Ersten Weltkriegs ein Ende setzt.“ Dem zweiten Punkt ordnet Losurdo als Land Österreich bzw. das Habsburger Reich zu, dem dritten Großbritannien als Protagonisten der industriellen Revolution. Er fährt fort: „Der vierte Wendepunkt wurde mit der russischen Revolution im Oktober 1917 eingeleitet, die im Gefolge des Kampfes gegen den Krieg ausgebrochen war und im Kapitalismus - Kolonialismus - Imperialismus das System sah, das gestürzt werden musste, um den Weg für die Verwirklichung des ewigen Friedens zu ebnen. Das Ende waren blutige

Konflikte und wirkliche Kriege, die das ‚sozialistische Lager‘ selbst zerrissen.

Schließlich der fünfte Wendepunkt: Nachdem er eine Phase langer, heterogener Gärungsprozesse und ideologischer Vorbereitungen erfahren hatte, beginnt er mit dem Eintreten der Vereinigten Staaten in den Ersten Weltkrieg, beschlossen von Präsident Woodrow Wilson im Namen des ‚endgültigen Friedens‘, der mit der Niederlage des Despotismus, insbesondere des wilhelminischen Deutschlands, Wirklichkeit werden sollte. Er gipfelt im Triumph des Westens und seiner führenden Landes im Kalten Krieg und im Beginn der ‚neokonservativen Revolution‘. Von diesem Augenblick an wird die weltweite Ausbreitung liberaler, demokratischer Institutionen und des freien Marktes als Schlüssel für den endgültigen Triumph der Sache des Friedens angesehen und hervorgehoben; es handelt sich jedoch um eine Aussage, die mit einer Reihe von ‚internationalen Polizeieinsätzen‘ und ‚humanitären Kriegen‘ an Glaubwürdigkeit verliert, ebenso wie mit der Eskalation von Konflikten und Spannungen, die die Gefahr von Kriegen auf die Tagesordnung setzt, die nicht minder blutig wären, als jene, die im 20. Jahrhundert ausgebrochen sind.“ (S. 13/14).

In Losurdos Buch wird eine weitere Gesichtsperspektive aufgetan und mit Material angefüllt. Allein das macht es von Nutzen für die Krieg-Frieden-Diskussion, nicht nur der Friedensbewegung und der Linken. Dabei muss sich der Leser/die Leserin von dem Gedanken freimachen, es ginge bei der „Idee des Friedens“ immer nur um ein Positivum. Denn häufig wird diese Idee ideologisiert missbraucht.

EK/HB, 14.2.2023

Domenico Losurdo: Eine Welt ohne Krieg. Die Friedensidee von den Verheißungen der Vergangenheit zu den Tragödien der Gegenwart. PapyRossa Verlag. Köln 2022, 462 S.

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 220 Sommer 2023, 28 S.

- Tarifrunden 2022/2023
- KPÖ erobert Landtag und hängt Grüne ab!
- SPÖ: Doskozil oder Babler oder doch umgekehrt?
- Die Linke kann erfolgreich sein
- Rüstungswahn und Rüstungsplan
- Was geht in Peru vor? Teil II
- Zur Wahl des Verfassungsrates in Chile
- Die Türkei nach den Wahlen

Nr. 219 Frühjahr 2023, 36 S.

- „Zeitenwende“ auch für die Wirtschaft?
- Die Seuche, der Krieg und die Reichen
- Was geht in Peru vor? Teil I
- Holodomor-Debatte
- Neues aus dem Vereinigten Königreich
- Das neue Bürger-Hartz – Viel Lärm um nichts
- Notizen eines kubanischen Sommers
- Rezension: „Gekränkte Freiheit“

Nr. 218 Winter 2022, 32 S.

- Die Rückkehr der Inflation
- Tariffbewegung 2022 der IG Metall
- Betriebsratswahlen 2022
- Der Krieg in der Ukraine und die Folgen
- Geht Lateinamerika wieder nach links?
- Die jüngsten Entwicklungen im GB
- Einige Hintergründe zur aktuellen Lage in Nordirland

Nr. 217 Herbst 2022, 28 S.

- Ist Russland imperialistisch?
- „Der Westen“ und China – Teil 2
- Rüstung und Soziale Frage
- Unsere europäischen Werte: 1,21 Euro Mindestlohn in der Ukraine
- Kolonialismus 2.0
- Zum Scheitern des Verfassungsprozesses in Chile

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Zuschrift

Betreff: ARSTI Nr. 220,
Sommer 2023

Werte Genossen,
Als österreichischer Marxist kann man eurem Aufsatz über die SPÖ in der letzten ARSTI nur vollinhaltlich zustimmen, zumal dem Passus über die „Prinzipientreue“ linker Sozialdemokraten. Nur Eines war mir neu: ihr schreibt über die „Schwerpunktsetzung Sozialen“ in der Politik Rendi-Wagners. Da muß ich etwas überhört haben. Meiner Meinung nach hat sie überhaupt keine Politik gemacht (abgesehen von no-na-Sätzen wie etwa jener, dass sie Gegnerin der Jugendarmut wäre), und das war auch ihr Untergang. Und wenn hier schon „diverse Männercliquen“ (Verbeugung vor dem Zeitgeist!) ihr Spiel gespielt haben, dann derart, dass eine intelligente, ehrenwerte aber völlig unpolitische (und ohne jeden Rückhalt im Parteiapparat) Frau in den Vordergrund einer immer noch Großpartei geschoben und dann im Regen stengelassen wurde. Wenn man Rendi-Wagner etwas vorwerfen kann, dann die Sturheit, mit der sie bis zum Ende, d.i., bis Schaden und Spott nicht mehr zu vermeiden waren, auf diesem Himmelfahrtskommando ausgeharrt hat. Übrigens: ist ein Kritiker unkontrollierter Migration automatisch ein Rechter? Es wäre an der Zeit, derartige Pauschalierungen einmal neu zu überdenken.

Mit herzlichen Grüßen
H. S., Wien

Anzeige

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst



Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

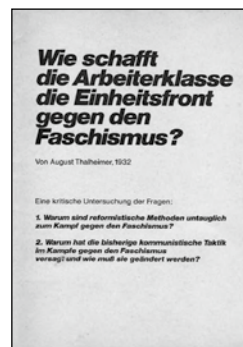
Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,- €

Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org

Anzeige

August Thalheimer:

Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?



Nachdruck, 34 Seiten, 1,50 €
Arbeiterstimme
Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder:
redaktion@arbeiterstimme.org

Anzeige

ROTE HILFE e.V.

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Die Rote Hilfe e.V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.



**Solidarität organisieren
Mitglied werden!**



Schwerpunkt 3/2023: Aktion und Kunst im öffentlichen Raum

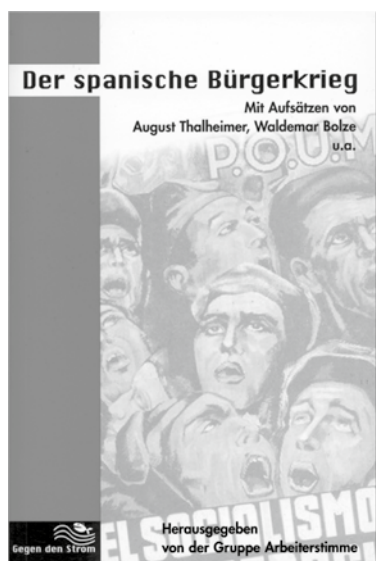
DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.



info@rote-hilfe.de ★ www.rote-hilfe.de



Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“, werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €

ISBN 3-00-010296-5

Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

**Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs
zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9**

Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-
Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von
der Gruppe Arbeiterpolitik
296 Seiten, Klebebindung. 8,00 €.

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder:
redaktion@arbeiterstimme.org